

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

26. Woche für die Zeit vom 23. bis 29. Juni 1905.

Posen, den 4. Juli 1905.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 39 des Przemysławiec (Posen)
vom 24. Juni 1905:

B e r i c h t

über die Tätigkeit des Verbandsvorstandes
vom Tage der Verbandsgründung d. i. vom
20. Oktober 1904 bis zum 28. Mai 1905.

Wie den geehrten Herren Kollegen bereits bekannt ist, ist der Verband in der Versammlung der Delegierten der kaufmännischen Vereine entstanden, die vom Hohenfalka'er Verein für den 30. Oktober 1904 nach dort einberufen worden war. Dem Verband sind fürs erste die Vereine aus Gnesen, Ostrowo, Kosten und Hohenfalka, also nur 4 beigetreten. Die Delegierten der Bromberger Vereine waren im Prinzip für den Beitritt zum Verband, doch hatten sie von ihrem Vereine keine entsprechende Ermächtigung erhalten.

Der Verein „Korporation der christlichen Kaufleute in Posen“ beabsichtigte nur für den Fall beizutreten, falls man damit einverstanden wäre, dem Verband der Industrievereine sich anzuschließen. Angesichts dessen, daß beschlossen wurde, einen besonderen Verband der kaufmännischen Vereine zu gründen, blieb die Korporation zunächst in Reserve.

In der Versammlung wurde gleichzeitig der Vorstand gewählt, der aus folgenden Herren besteht: W. Ozdowski, J. Jagodzinski, W. Piechocki, T. Weydemann und A. Rogidowski, sämtlich in Hohenfalka, R. Gulewicz und J. Kowicki aus Ostrowo, Grochowski-Bromberg und B. Kasprowicz-Gnesen.

Angesichts dessen, daß keiner der Posener Vereine dem Verbande beitrug, wurde als Sitz des Verbandes Hohenfalka gewählt.

Weiter wurden die Verbandsjagungen angenommen, in deren Sinne der Verband fürs erste nachstehende Ideen hat:

- a) Zusammenschluß der bestehenden kaufmännischen Vereine, sowie deren Organisierung;
- b) Gründung neuer kaufmännischer Vereine;
- c) Unterstützung der dem Verbande angehörenden Vereine mit Rat und Tat in ihren auf die Hebung des polnischen Handels gerichteten Bestrebungen;
- d) Veranstaltung allgemeiner kaufmännischer Zusammenkünfte für den Fall der Notwendigkeit von Beratungen.

Der Verband setzt sich aus polnischen Vereinen zusammen, die im deutschen Reiche bestehen.

Mit anderen Angelegenheiten oder mit Politisch sich befassende Vereine können dem Verbande nicht angehören.

In der Sitzung des Verbandsvorstandes vom 16. November v. J. wurde beschlossen, in erster Linie eine lebhaft Agitation zu entfalten, welche die Gründung neuer kaufmännischer Vereine und deren Hineinziehen in den Verband anstrebt, um auf diese Weise an Zahl zu wachsen und die entsprechende Kraft sowie das nötige Ansehen unter unserer Kaufmannschaft zu erwerben. Unsere Anstrengungen und unablässigen Bemühungen trugen in dieser Hinsicht auch Resultate davon, die in Anbetracht unserer erst begonnenen kurzen Tätigkeit nur günstige zu nennen sind.

Es sind nämlich infolge unserer Aufrufe im letzten Halbjahr neue kaufmännische Vereine entstanden, und zwar in Strassburg (Westpr.), Tremessen, Krotoschin, Rawitsch, Ostrowo und Lissa. Ferner hat man uns versprochen, daß in nächster Zeit würden kaufmännische Vereine gegründet werden in Schrimm, Mogilno, Znin, Miłosław, Gostyn und Schildberg, und wir hegen auch die feste Überzeugung, daß bei aufrichtigem Willen und entsprechender Agitation im laufenden Jahr noch in einigen anderen Ortschaften kaufmännische Vereine zu Stande kommen werden.

Von den neu entstandenen Vereinen ist fürs erste nur der Rawitscher, und von den länger bestehenden der Verein der polnischen Kaufleute in Berlin dem Verbande beigetreten, sodaß gegenwärtig der Verband 6 kaufmännische Vereine repräsentiert. Dies Resultat ist zwar angesichts unserer Arbeit und Bemühungen nicht groß, jedoch wollen die Herren Kollegen erwägen, daß wir soviel in einem halben Jahre fertig gebracht haben, ohne entsprechende Fonds zur Bestreitung der Bureauunkosten und zur Entsendung eines Delegierten zu besitzen, der im Auftrage des Verbandes in den einschlägigen Ortschaften eine persönliche Agitation bei der Gründung neuer Vereine hätte entfalten können. Wir hegen auch die unerschütterliche Überzeugung, daß der heutige allgemeine Kaufmannstag in hohem Maße zum zahlenmäßigen Anwachsen des Verbandes beitragen werde, und dann werden wir in Zukunft weit bessere Resultate erzielen, wenn wir nur erst entsprechende Fonds zur Verfügung haben werden. Zum Schluß müssen wir hervorheben, daß wir außerdem eine zahlreiche Korrespondenz mit einzelnen Kaufleuten im Großherzogtum und in Westpreußen geführt haben, indem wir ihnen die erforderlichen Informationen für die Gründung von kaufmännischen Vereinen erteilten.

Der beste Beweis dafür, daß unser Verband eine zur Hebung und Entwicklung unseres Kaufmannstandes erforderliche Einrichtung ist, sind die bezeichnenden Äußerungen der deutsch-katholischen Presse, die den

geehrten Herren bekannt sein sollten, u. a. der Artikel des kaufmännischen Fachblattes „Manufakturist“ vom 18. d. Mts., worin es wörtlich heißt:

„National-polnische Kaufmannsbewegung. Für 30. April hatte der Vorstand des Verbandes der kaufmännischen Vereine für das Deutsche Reich, mit dem Sitz in Hohenfalza, im Posener Dziennik Poznański einen allgemeinen polnischen Kaufmannstag in Gnesen angekündigt. Über seinen Verlauf ist uns noch nichts bekannt geworden. Ferner wurde in einem gleichzeitig veröffentlichten Aufruf empfohlen, namentlich in den Kreisstädten die Gründung kaufmännischer Vereine ungehemmt in Angriff zu nehmen und die Kollegen aus den kleinen Nachbarstädten als Mitglieder heranzuziehen. In Gnesen sollten die Verhandlungen durch eine außerordentliche Hauptversammlung der Delegierten der zum Verbande gehörigen Vereine eingeleitet, sodann die Angelegenheit der Gründung von Koloniatgenossenschaften und andere den Verband und der Gesamtheit der Kaufmannschaft betreffende Fragen erörtert werden.

Daß diese Bewegung einen national-politischen Charakter trägt, ist an sich nicht erfreulich, gleichwohl bringt das dem Kaufmann als solchem keinen Schaden. Es ist gut, wenn seitens der Kaufmannschaft überhaupt etwas geschieht, und in den polnischen Landesteilen ist das ganz besonders nötig. Über den national-politischen Gegensatz wird sich zwischen der deutschen und polnischen Kaufmannschaft mit der Zeit eine Verständigung schon finden. Ja, ein solcher Gegensatz läßt sich immer noch am besten mildern, wenn beiderseitig national-politische Organisationen vorhanden sind. Es ergeben sich dann leicht Anknüpfungspunkte, sobald nur erst infolge der mit einer Organisation stets verbundenen wirtschaftlichen Aufklärung die Gemeinschaft der Interessen allgemein erkannt wird.“

Bei der folgenden Diskussion über den Verband und seine Ziele werden wir die geehrten Herren Kollegen mit unseren ferneren Absichten bekannt machen, die wir nach Maßgabe der Kräfte und der Entwicklung des Verbandes in die Tat umzusetzen gedenken.

Wir richten an die geehrten Herren Kollegen den warmen Appell, in der Diskussion auch die eigenen Wünsche nach dieser Richtung hin zu äußern, damit eine Verständigung und, was damit zusammenhängt, ein normales Anwachsen und eine regelrechte Entwicklung unseres Verbandes zum Wohle unseres ganzen Kaufmannstandes eintreten kann.

In diesem Sinne und in dieser Hoffnung schließen wir unseren Bericht mit dem Rufe: „Ehre dem Kaufmannsstande!“

Hohenfalza, den 28. Mai 1905.

Der Vorstand

des Verbandes der kaufmännischen Vereine für das deutsche Reich mit dem Sitze in Hohenfalza.

W. Dzbowski,
Vorstand.

W. Piechoci,
Schriftführer.

Aus Nr. 142 der Gazeta Polska (Kösten)

vom 25. Juni 1905:

Geehrte Redaktion.

Als ich in der Gazeta Polska von der Versammlung des Vereins „Straz“ d. i. von dem Festtage des nationalen Geistes las, ließen mir die Tränen über die Wangen. Nicht nur ich allein war über den Verlauf der Versammlung gerührt, sondern jeder, der sich als Pole fühlt. Man bekam daselbst so

prächtige Reden über unser Mißgeschick und über die Bedrückung unserer Sprache zu hören!

Gar sehr gefiel mir das Beispiel des Herrn v. Koscielski vom Beet dieses Beet, das sind wir, das ist unsere Arbeit, das sind unsere Kinder. Wir müssen fleißig achtgeben, daß wir dieses Beet, d. h. uns verteidigen, daß wir unermüdlich an der Erhaltung unseres Polentums arbeiten, daß wir unsere Kinder lehren, ihre Muttersprache und den heiligen Glauben zu lieben. Wir müssen sie in den jungen Jahren lehren, in welchem Mißgeschick wir leben, damit sie wüßten, wer uns unsere heiligen Schätze, den Glauben und die Sprache nehmen will. Wir müssen ihnen sagen, daß diese Kultur — diesen Alp-Bismarck in unser Land verpflanzt und daß Kaiser Wilhelm I. seine Erlaubnis dazu gegeben hat.

Trotzdem aber dürfen wir die Hoffnung nicht aufgeben, den Mut nicht verlieren und daran denken, daß bei unaufhörlicher Arbeit das Ende unseres Schicksals ein gutes sein wird; dann werden wir mit einem Male alle Mühseligkeiten vergessen und sehr glücklich sein. Joseph Jensch.

Obige Betrachtungen sind uns aus der Fremde aus Ewing bei Dortmund zugegangen. Sicherlich wird der Eindruck dieser Versammlung in der Fremde ein weit größerer sein als bei uns. In Westfalen und im Rheinlande sind solche Versammlungen unmöglich, insbesondere herrschte in Ewing lange Zeit hindurch Unfriede, die Versammlungen wurden dazu gemißbraucht, um sich öffentlich zu verhöhnen. Landsleute! Denken wir an eins. Es hat euch das Beispiel vom Beet gefallen. Denket an das Beispiel des Vaters, der vor seinem Tode seine Söhne zu sich rief und jedem einen Stab zum Zerbrehen gab. Jeder der Söhne zerbrach den einzelnen Stab mit Leichtigkeit, die zusammenge bundenen Stäbe vermochte keiner von ihnen zu zerbrehen. Der Vater ermahnte die Söhne zur Eintracht und sagte ihnen, daß sie der Feind überwältigen werde, wenn sie nicht zusammenhalten würden. Das ist eine heilige Wahrheit. Vertragen wir uns daher und lassen wir uns nicht besiegen — und deshalb müssen wir dem Verein „Straz“ beitreten.

Aus Nr. 142 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 24. Juni 1905:

Der Hakatismus in der Provinz.

Nicht nur in Posen selbst wird die Annahmung der Hakatisten immer größer, sondern sie möchten auch in der Provinz alles in ihren Besitz reißen. Die gegenwärtig bestehenden strengen Gesetze, welche den Erwerb von Grundstücken beschränken, genügen ihnen nicht, sie möchten offenbar alles an sich reißen und den Polen die Möglichkeit geben, auch nur eine Spanne Erde zu erwerben. Als Beweis hierfür ist ein in der Rawitscher Zeitung vom 20. Juni d. J. unter der Spitzmarke „Polnische Ansiedelungen“ erschienener Artikel anzusehen; er lautet wie folgt: (Rückübersetzung aus dem Polnischen)

„Wiederum ist eine Wirtschaft in polnische Hände übergegangen, die mehrere Generationen hindurch in deutschen Händen gewesen war. Josef Nawroth aus Szymbanowo hat seine 83 Morgen große Wirtschaft einem Polen verkauft, der schon mehrere große Grundstücke zum Weiterverkauf an Polen erworben hat. In kurzer Zeit sind 25 Wirtschaften und kleinere Grundstücke in den Nachbardörfern in polnische Hände übergegangen, darunter aus Damme

selbst sieben. Es ist allen bekannt, wie die Sache mit dem Übergange der Grundstücke in polnische Hände in unserer Stadt steht; in kurzer Zeit werden die Breslauer Vorstadt und der Judenberg eine polnische Kolonie sein, die für die Stadt Rawitsch zu einem hemmenden und drückenden Ballast werden wird.“

Auf diese schamlose Insinuation hat die Rawitscher Zeitung die verdiente Abfertigung von dem Herrn Propst Zakrzewski aus Golejewko erhalten, die wir unten veröffentlichen, weil die Rawitscher Zeitung sie gewiß mit Stillschweigen übergehen wird.

„Golejewko, den 20. Juni. Infolge der in der letzten Nummer der Rawitscher Zeitung den Polen ins Gesicht geschleuderten Grobheit, als wenn sie nur ein „hemmender und drückender Ballast“ wären, erlaube ich mir die Redaktion daran zu erinnern, daß uns als Polen im preußischen Staate, vor allem aber in unserer Provinz, also auch in Rawitsch, dieselbe Existenzberechtigung zusteht, wie sie den Deutschen zusteht, und diese Existenzberechtigung zusammen mit allen sich aus ihr ergebenden anderen Rechten ist uns durch die Eide der preußischen Könige garantiert worden. Wie kann sich also die Redaktion der Rawitscher Zeitung, ohne zu erröten, in dieser Weise über die in Rawitsch und Umgegend angesessenen fleißigen und arbeitsamen Polen auslassen!? Vielleicht kann die Redaktion irgend einen Winkel nachweisen, wo sich die Polen, ohne ein Dorn in den Augen der deutschen Haktisten zu sein, niederlassen könnten?! Vom Gute vertreibt sie heute die Ansiedelungskommission, in den Städten werden sie zum „hemmenden und drückenden Ballast!“ Wo sind die edlen Grundsätze des Volkes der „edlen Denker“ geblieben: „Leben und leben lassen“ und „Jedem das Seine zu geben“? Diese Grundsätze kennt heute die deutsche haktistische Bruderschaft nicht mehr und ebenso nicht die Rawitscher Zeitung. Und wem verdankt die Stadt Rawitsch ihre Gründung und ihr Emporblühen? Daran hat die Redaktion anscheinend nicht gedacht, oder sie weiß es vielleicht auch nicht! Ja, die edlen Polen haben den vertriebenen Salzburger ein neues Vaterland gegeben, und ihre Nachkommen revanchieren sich in dieser Weise! Schiller würde gewiß im Grabe keine Ruhe haben, wenn er wüßte, mit welchen Empfindungen den Polen gegenüber die haktistischen Deutschen sein 100jähriges Jubiläum feiern!

Möge die Redaktion der Rawitscher Zeitung ihren Haß gegen die Polen und gegen alles, was polnisch ist, weiter in dieser Weise zum Ausdruck bringen, aber möge sie zusammen mit dem ganzen Ostmarkenverein sicher sein, daß diese ihre Tätigkeit nicht ohne Früchte und Folgen bleiben wird, die jedoch vielleicht gerade das Gegenteil von dem sein werden, was damit zu erreichen beabsichtigt war.

Pfarrer Zakrzewski, Propst und Vorsitzender des polnischen Wahlkomitees für den Kreis Rawitsch.“

Und etwas derartiges erdreistet sich ein solches „Blatt“, zu dessen Subventionierung auch die Polen aus dem Kreise Rawitsch beitragen müssen, in seinen Spalten zu schreiben! Wir denken nicht daran, uns mit ihm in eine Polemik einzulassen, wir möchten aber bei dieser Gelegenheit nur bemerken, daß der Haktismus je nach Umständen einmal in unserer Arbeitsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit die polnische Gefahr erblickt, und ein anderes Mal nennt er uns wieder Ballast und eine Last — wenn es sich nur den Umständen anpassen läßt. Was die Autorschaft jenes Artikels anbelangt, so nehmen wir an, daß nicht einer der seit Jahrhunderten angesessenen Salzburger ihn in der Rawitscher Zeitung veröffentlicht hat, sondern ein neuer An-

kömmling aus Palästina, einer der Pfeiler des dortigen Haktismus, aus Rache dafür, daß ihm der Verdienst entgangen ist.

Aus Nr. 26 der Praca (Posen)

vom 25. Juni 1905:

Nach der Versammlung.

Vivat sequens! so konnten die Versammelten beim Verlassen des Saales rufen nach der ersten, in jeder Hinsicht so stattlichen und erhebenden Versammlung des „Straz-Vereins“. Zusage Aufforderung hatten sich Scharen von Bürgern aus allen Kreisen und Gegenden eingefunden, indem sie dem neuen Verein und dessen Zielen von vornherein Sympathie und Vertrauen entgegenbrachten. Die Ansprachen waren erhebend, die Stimmung herzlich, polnisch. Einige 100 Personen trugen sich unverweilt in die Mitgliederliste ein, — der Straz-Verein beginnt zu leben. Wir haben heut einen Verein mit stolzen, ehrgeizigen Zielen ins Leben gerufen, einen Verein, der an die mächtige irische Liga erinnert. Diese schart Hunderttausende von Iren in einem Punkte zusammen und verfügt über ungeheure Kapitalien. Sie übt einen dominierenden Einfluß auf den Gang der Politik der grünen Insel aus und ist ein starker Hebel ihres nationalen Geistes sowie der nationale Steuermann.

Auf diese Liga hat Herr Kasimir v. Chlapowski-Kopaszewo in einer der Versammlungen der Delegierten hingewiesen als auf ein glänzendes Beispiel des Sichzusammenschlössens aller bewußten Individuen zwecks Verteidigung der nationalen Güter. In der Tat ist dies ein Staunen erregendes Beispiel. In Friedenszeiten ist es dort gelungen, das ganze Land zur Verteidigung aufzurufen auf eine Stimme hin, welche in den Seelen der Nation einen edlen Ton der Vaterlandsliebe weckte.

Es trat eine Armee auf ohne Feuerwaffen, doch von einem Geiste durchdrungen, fest zusammengeschlossen durch eine Kette der gemeinsamen Interessen und Ideale.

Nicht minder haben wir auch im Königreich Polen ein Beispiel eines fast instinktiven Sichzusammenschlössens breiter Kreise der Volksgesamtheit, die angesichts der in Trümmern zerfallenden Macht des Absolutismus einen Zustand waffenloser Revolution geschaffen haben und die verschiedenen Positionen der Tschinownik-Ordnung der Dinge attackieren, um das zu erreichen, was den Polen auf Grund natürlicher heiliger Rechte gebührt.

Ein Gedanke durchläuft wie ein elektrischer Strom die Massen und vereinigt sie in ein Lager. Es ist mithin keineswegs etwas Unmögliches, daß auch hier die Polen angesichts des Schreckens der Lage geschlossen in Reihe und Glied treten und der tobenden Flut die Stirn bieten. Zwar wird hier und da ein Flüstern des Zweifels laut, und es gibt Leute, welche im Innern die Entwicklung des Vereins für fraglich halten, indem sie der Elastizität und Spannkraft des Willens der Leiter mißtrauen; doch gibt es bei der Geburt jeder neuen Sache schwache Geister. Mit ihnen zu rechnen braucht man nicht, — man muß sie hinter sich herziehen. Die Reden in der Versammlung haben auf so manchen dieser Schwachen eine suggestierende Wirkung ausgeübt, mögen jetzt die Taten des „Straz-Vereins“ den Rest vollbringen.

Sei es, wie es wolle, — wir haben heut keinen Anlaß zum Zweifeln. Schon die Tatsache, daß an der Wiege des Vereins Leute verschiedener Überzeugungen standen, Leute, die sich in den politischen Kämpfen

mit fieberhafter Hefigkeit befehdet haben, weckt die beste Hoffnung für die Zukunft. Diese Tatsache ist bezeichnend, und sie ist zu unterstreichen, — denn aus ihr ist zu schließen, daß wenn im Lager der denkenden Menschen nicht willige Eintracht und Harmonie möglich ist, eine Annäherung aller unserer entzweiten politischen Elemente erfolgen wird. Bei gemeinsamer Arbeit auf neutraler Scholle werden sich die Ringer kennen lernen; sie werden sich in die Augen und in die Seelen blicken und gegenseitig in sich das finden, was uns alle eint, das vergessend, was uns im besondern trennt. Mit anderen Worten, wir können uns versprechen, daß die Skala des Parteiwesens, das bei uns allzu üppig aufgeschossen ist und eine stark egoistische Färbung hat, sinken, daß dies heilsam auf den Stand der ethischen Gesundheit der Volks Gesamtheit einwirken wird. Das kann dann eintreten, wenn der „Straz-Verein“ moralisch hoch dastehen wird mit Händen, die von dem Bodensatz leichter Parteilichkeit nicht beschmutzt sind. Die Parole, welche sich der „Straz-Verein“ gewählt hat „Freiheit im Denken, Disziplin im Handeln“ gestattet, daß wir uns der Hoffnung hingeben, der Verein werde tatsächlich über den Parteien stehen.

Der „Straz-Verein“ tritt also unter einem schönen Stern in die Arena unseres öffentlichen Lebens.

Von seinen Zielen, von den Wünschen, die wir an der Wiege des Vereins niederlegen möchten, ein anderes Mal.

Mathias Wierzbinski.

Aus Nr. 137 der Gazeta Polska (Kösten)

vom 18. Juni 1905:

Betrifft Versammlungen.

Wenn wir in dieser Angelegenheit das Wort ergreifen, so denken wir nicht daran, uns lang und breit darüber auszulassen. Wir wollen vor allem unseren Leser mitteilen, daß die Notwendigkeit häufigerer Versammlungen und somit auch die Notwendigkeit der Belebung und der Erweckung des Interesses für die öffentlichen Angelegenheiten von der Allgemeinheit des Volkes empfunden wird; unterstützt wird dieses Empfinden der Gesamtheit durch die Presse ohne Ausnahme und ohne Rücksicht auf die Richtung derselben.

Bewiesen wird diese Tatsache dadurch, daß in dieser Angelegenheit zwei sich in ihrer Richtung direkt gegenüberstehende Blätter, der Dziennik Poznański und der Gonicz Wielkopolski, sich in übereinstimmender Weise hören lassen.

Wir gehen in dem Verlangen nach der Veranstaltung von Versammlungen allerdings weiter, als die beiden vorbezeichneten Blätter. Uns genügen nicht allein Berichts- und Informationsversammlungen, und zwar deshalb nicht, weil sie nur einen kleinen Teil unserer nationalen und sozialen Arbeit ausmachen.

Wenn in einer solchen Versammlung ein Abgeordneter Bericht erstattet über die Tätigkeit der polnischen Fraktion, so kann er doch — die Sache genau genommen — nur davon sprechen, was die Fraktion in Berlin getan hat.

Ein großer Teil der Arbeit unserer Fraktion besteht aber leider in der Führung von Scharmützeln mit der preußischen Regierung und in der Äußerung unserer Klagen im Reichstage und Abgeordnetenhaus.

Beruhet denn nun aber unser ganzes nationales Leben auf Klagen und Wehmutsäußerungen? Beruhet denn die Verteidigung unserer nationalen Angelegenheiten nur darauf, daß wir uns öffentlich in Erinnerung brächten, wie sehr wir abgemartert sind?

Nein! — das genügt uns nicht. Uns ist es darum zu tun, daß solche Versammlungen der Hebung des nationalen Geistes dienen, daß wir Versammlungen veranstalten, in denen wir unsere Kräfte berechnen und über Mittel sinnen können, um diese Kräfte zu vermehren.

Aufklärende Versammlungen, Versammlungen, welche den nationalen Geist wecken, sind neben den Berichtsversammlungen durchaus notwendig.

Diesen Gedanken drängt uns die Versammlung des Vereins „Straz“ in Posen auf. Diese Versammlung wird zweifelsohne die Teilnehmer zur Ausdauer anregen, sie wird sie am Geiste heben und stärken. Leider gelangt an die große Mehrheit unserer Gesamtheit nur der trockene Zeitungsbericht über diese Versammlung, sie muß auf das lebendige Wort verzichten.

Dieses lebendigen Wortes, solcher anregenden Versammlungen bedürfen wir in der Provinz Posen; die Posener Zeitungen empfinden das vielleicht nicht so sehr, denn in ihrer nächsten Umgebung geschieht das, was wir in der Provinz verlangen und dessen Notwendigkeit wir tief empfinden.

Aus Nr. 26 der Praca (Posen)

vom 25. Juni 1905:

Wieder eine Versammlung verboten!

Die Volksversammlung, die am 25. Juni d. Js. unter Beteiligung des Abgeordneten Dr. v. Niegolewski abgehalten werden sollte, kommt nicht zu stande, weil die Behörde verboten hat, in einer Scheune zu tagen. Aus diesem Grunde herrscht in Sulmierzyce keine geringe Erbitterung. Seit 24 Jahren hat dort keine Volksversammlung stattgefunden, und die guten Absichten und Versuche der Bürger sind bisher an den behördlichen Verboten zuschanden geworden.

Die Sache hat im Landtage der Abgeordnete Dr. v. Niegolewski zur Sprache gebracht. In Beantwortung der Ausführungen des Abgeordneten empfahl der Herr Minister, ihm die Beschwerden über die Behörde, welche die Volksversammlungen unmöglich macht, zugehen zu lassen. In diesem Falle werden die Sulmierzyce seinem Räte folgen; denn wie man uns mitteilt, werden sie sich beim Minister beschweren. Nicht abgeschreckt durch die bisherigen Hindernisse beabsichtigen sie in nächster Zeit eine Volksversammlung zu veranstalten.

Aus Nr. 143 des Postep (Posen)

vom 25. Juni 1905:

Ihre Jahresfeier haben, wie die deutschen Blätter mitteilen, die lutherischen Vereine für innere Mission der Provinz Posen in Gnesen am vorigen Donnerstag und Freitag veranstaltet. Die Aufgabe dieser Vereine ist die Förderung des Luthertums in unserm Großherzogtum. Zu dieser Feier kommen Pastoren nicht nur aus dem Großherzogtum, sondern auch aus entfernten deutschen Städten wie Berlin, Halle usw. zusammen, um die Worte des „wahren Evangeliums“ auszubreiten, wie die Evangelischen von sich sagen. Während dieser beiden Tage wurden in Gnesen verschiedene Feiern und Andachten veranstaltet. Im Grawell'schen Saale wurde am Donnerstag ein Familienabend abgehalten, in welchem der Superintendent Krüger eine Rede hielt. Mit großer Befriedigung hob er hervor, daß hier inmitten polnischen Landes beim polnischen Volk ein evangelisches Fest stattfindet,

was wohl der Beweis für die Kräftigung des Luthertums sein sollte. Die Pastoren vermeiden solche Reden nie, wenn sie sich zu ihren lutherischen Zusammenkünften in unsern polnischen und katholischen Städten zusammenfinden. Das Gleiche haben sie in Posen, wie mirs scheint, im vorigen Jahre getan, als sie hier gleichfalls ein evangelisches Fest abhielten, und sie haben sich dabei ebenso ausgedrückt, wie jener Pastor in Gnesen. Gewöhnlich rühmen sie sich damit. Es fällt noch auf, daß die lutherischen Pastoren solche Feste in einer katholisch-polnischen Stadt gerade an dem höchsten Festtage der katholischen Welt, an dem Fronleichnamstage veranstalten. Ist das nicht geradezu eine Herausforderung der katholischen und polnischen Bevölkerung? Ist das nicht ein Beweis der größten Dreistigkeit der lutherischen Pastoren, daß sie sich erdreisten, solche Feste in einer uralten katholischen Stadt zu veranstalten? Diesen Herren steht aber alles frei, und dann reden sie recht fanatisch vom bedrängten Deutschtum und Luthertum. Indes die Lutheraner und Pastoren in unsern polnischen Landesteilen sind die Schopfsinder der Regierung und der Hafatisten.

Aus Nr. 142 des Lech (Gnesen)

vom 22. Juni 1905:

Wir bitten die Besitzer unseres Kreises, gelegentlich der Sitzung des Kreistages bei den Beratungen über den Etat der Kreisparfasse darüber Klage zu führen, daß man sich in der Kasse mit den Interessenten, welche nicht deutsch sprechen, garnicht befasse. Eine gewisse Frau beklagte sich darüber, daß sie in polnischer Sprache eine Auszahlung ihres in der Sparkasse niedergelegten Geldes verlangt habe, daß sie indes unverrichteter Sache habe von dannen gehen müssen, weil sie nicht deutsch spreche und weil man mit ihr nicht habe polnisch sprechen wollen.

Die Kreisparfasse ist ein rein finanzielles Institut, die Beamten werden von der im Kreise anässigen, zum größten Teile polnischen Bevölkerung bezahlt und sind sicherlich in der Lage, die wenigen Ausdrücke zu verstehen, welche sie zu der völlig mechanischen Bedienung der polnischen Kreiseingesessenen benötigen.

Aus Nr. 139 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)

vom 18. Juni 1905:

Pflegen wir den polnischen Gesang.

Zu den Hauptfaktoren, welche dazu beitragen, daß unsere Muttersprache geliebt und gepflegt wird, gehört unter anderem die Pflege des polnischen Gesanges. Wo man Rauch sieht, da lodert sicher auch das Feuer. Wo das polnische Lied erklingt, da lebt auch der polnische Geist, da wird auch die Muttersprache nicht stiefmütterlich behandelt. Unsere preussischen „Wohltäter“, welche nach unserer Entnationalisierung trachten, haben überall in den Schulen den polnischen Gesang aufgehoben und ihn durch den deutschen ersetzt, und zwar deshalb, um dadurch den polnischen Geist in dem heranwachsenden Geschlechte zu untergraben und damit unsere Muttersprache zu vernichten.

In der letzten Zeit mehrten sich von Tag zu Tag die Urteile der preussischen Gerichte, durch welche das Singen einzelner und sei es auch der unschuldigsten polnischen Liedlein verboten wird, durch welche immer mehr polnische Liederbücher kassiert werden. Das ist ein tatsächlicher Beweis dafür, daß unsere Feinde,

denen der Wert des polnischen Gesanges bekannt ist, darum bemüht sind, denselben zu beseitigen, wo sie es nur können, um die gänzliche Germanisierung unseres Volkes so schnell wie möglich zu bewirken.

Deshalb sollten wir auch mit doppelten Kräften daran arbeiten, daß unser polnisches Lied nicht nur nicht aufhörte, sondern daß es in vollem Umfange erklänge aus dem Munde der Kleinen und der Großen unseres Volkes; möge sich kein Stand unserer Gesamtheit der heiligen Pflicht, der Pflege des Gesanges entziehen, denn es gibt so viel polnisches Leben, als es polnische Lieder gibt!

Man verbietet uns zwar das öffentliche Singen unserer nationalen Lieder, denn sie könnten die Grundfesten des Kulturstaates und des Staates der Gottesfurcht erschüttern machen, aber man kann es uns nicht verbieten, diese Lieder in unseren Häusern, am häuslichen Herde, im Kreise der Familie zu singen.

In vielen Städten und Städtchen bestehen zu Zwecken der Pflege des polnischen Gesanges besondere Gesangsvereine, die auch auf unser polnisches Lied bedacht sind; das reicht aber noch nicht aus. Wenn in den Städten für unser Lied viel getan wird, geschieht in den Dörfern nach dieser Richtung hin nichts, und doch erleiden wir eine Bedrückung, eine Verfolgung! Die preussische Schule wendet angesichts unserer Jugend sowohl in der Stadt wie auf dem Dorfe ein und dasselbe Germanisierungssystem an.

In unseren Kirchdörfern, wo gewöhnlich ein Organist wohnt, also eine Persönlichkeit, welche zur Erteilung des Gesangsunterrichts qualifiziert, könnten sich die Gesangsvereine gut entwickeln, es bedarf nur ein wenig guten Willens, der Ausdauer und Anregung aufgeklärter Leute. Solche Gesangsvereine würden gar viel zur Gesittung der Dorfjugend, welche heutzutage mangels einer besseren Beschäftigung in der freien Zeit Zerstreuung in den Kneipen sucht, wo sie bei Kartenspiel und Trinkgelagen moralisch verwildert, beizutragen. Belehren wir die Jugend, sorgen wir für gute Zerstreuung, und wir werden sie zu guten Bürgern erziehen, welche sich sowohl ihrer allgemeinen menschlichen Pflichten, wie auch der nationalen bewußt sein werden; es werden jene unnötigen Denunziationen und Prozesse verschwinden, welche den Charakter unseres polnischen Volkes immer noch so verunstalten. Die Deutschen kennen die Tragweite der Vereine; neben den rein beruflichen besitzen sie in den Dörfern auch verschiedene „Vereine“, in denen sie ihren nationalen Gesang pflegen. Nehmen wir uns an ihnen ein Beispiel und gründen wir, wo wir können, Gesangsvereine. Wo schon andere polnische Vereine bestehen, da sollten in ihnen Gesangsabteilungen gebildet werden, damit wir uns den Deutschen gegenüber deswegen nicht zu schämen brauchen, daß wir kein Verständnis für die Tragweite der Pflege des polnischen Gesanges haben.

Bei uns schwindet nicht nur der weltliche, nationale Gesang, sondern auch der Kirchengesang ist bereits sehr ins Schwanken geraten. Unsere heranwachsende Jugend kennt nur noch wenig die schönen Kirchenlieder, deren süße Melodien im stunde waren, den Ungläubigsten zu rühren; man sieht das heute manchmal in der Kirche, wo die Jugend dem Beispielen mancher „Intelligenten“, die, als ob sie sich schämen würden, gemeinsam mit den andern zu singen, folgend, hartnäckig schweigt, während ihre Väter und Mütter den lieben Gott durch das polnische Lied loben.

Pflegen wir daher, ebenso wie unsere liebe polnische Sprache, auch überall unser polnisches Lied, denn „es gibt soviel Leben als es Lieder gibt!“

Aus Nr. 143 des Dziennik Berlinski (Berlin)

vom 25. Juni 1905:

Herrn M. Danecki in Görchen: Wenn Ihre Tochter im Standesamtsregister als Danecka eingetragen ist, dann hat der Lehrer nicht das Recht, sie Danecki zu rufen. Wenn er sich darauf beruft, daß er eine dahin gehende Weisung habe, so wäre dieselbe unberechtigt, und es steht Ihnen das Recht zu, sich bei den vorgesetzten Behörden des Lehrers zu beschweren: beim Rektor, Kreisschulinspektor, Landrat, Regierungspräsidenten und schließlich beim Unterrichtsminister. Gegebenenfalls möge Ihr Töchterchen sich nicht von ihrem Plaze erheben, wenn sie der Lehrer „Danecki“ ruft. Man würde Sie alsdann möglicherweise in eine Ordnungsstrafe nehmen, es wäre Ihnen aber die Möglichkeit gegeben, den gerichtlichen Weg gegen diesen Mißbrauch zu beschreiten.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 141 der Gazeta Toruński (Thorn)

vom 22. Juni 1905:

Neue Kandidaturen.

Aus geistlichen Kreisen haben wir eine Korrespondenz erhalten, die für Herrn Johann Brejski des Lobes voll ist und das Bedauern darüber ausspricht, daß er nicht weiter kandidieren will. Die Lobeserhebungen übergehen wir. Dagegen geben wir die weiteren Betrachtungen des geehrten Korrespondenten wieder.

„Ich spreche aus Erfahrung und erkläre, daß die Kreiswahlversammlungen nicht in der Lage sind einen in jeder Hinsicht geeigneten Kandidaten auszusuchen, man muß die private und öffentliche Meinung erforschen. — Brüder, auch ich, sowie Hunderte von euch kennen einen ebenso wackeren, aber ohne Zweifel intelligenteren Schuhmacher, als **Kilinski** es war:

Stanislaus Faustmann aus Gollub.

Er möge unser Abgeordneter sein!

Was dagegen die dem Provinzialkomitee vorzuschlagenden drei Kandidaten betrifft, so bringe ich in Vorschlag:

1. Herrn Stanislaus Faustmann aus Gollub, Schuhmachermeister,
2. Herrn Nowicki aus Kulm, Schuhmachermeister,
3. Herrn Maryan Lipinski aus Strassburg, Schneidermeister.

Jeder dieser drei Herren ist populär, und namentlich ein wackerer Patriot und ein beredter Repräsentant unserer Sorgen und Schmerzen. Wir werden uns verständigen, wenn wir nur einmütig und in Frieden zur Wahlurne gehen werden. R. N.“

Die Herren Stanislaus Faustmann aus Gollub und Lipinski aus Strassburg kennen wir als sehr ehrenwerte Bürger. Herr Lipinski war schon Landtagsabgeordneterkandidat, doch haben ihn die Delegierten des Provinzialkomitees — nicht bestätigt, indem sie ihm schwarze Kugeln gaben. Es würde sich also vor allen Dingen darum handeln, die „Meinung“ der Delegierten und Mitglieder des Zentralkomitees zu sondieren, wozu wir, soweit es möglich ist, gerne die Hand bieten werden. Für die Kandidatur des Herrn Nowicki aus Kulm, den wir kennen, sind wir mit Leib und Seele.

Wie wir übrigens erfahren, kommen noch mehr Kandidaten in Betracht. Auf der einen Liste figurieren die Herren Rechtsanwalt Nawrocki aus Kulm und Herr Propst Prabucki aus Bolumiak (Bolumin?), auf

der anderen Liste die Herren Donimirski aus Lissomitz, Propst Odrowski aus Nawra, Slaski aus Trzebeż, Jaworski aus Lipienik usw. usw. Auswahl ist jedenfalls vorhanden!

Aus Nr. 139 der Gazeta Toruńska (Thorn)

vom 20. Juni 1905:

Um die Frage der Kandidatur im Wahlkreis Thorn—Culm—Briesen

klarzustellen, veröffentlichen wir die diese Sache betreffende Korrespondenz.

Vor der Thorner Versammlung richtete Herr Johann Brejski an Herrn Propst Odrowski, den Delegierten für den Kreis Thorn Stadt, einen Brief, der bei Fortlassung der Titulatur und der Unterschrift wie folgt lautet:

„Zu der morgen stattfindenden Versammlung kann ich aus sehr wichtigen Gründen nicht erscheinen, ich bin aber bereit, mich zufolge Aufforderung zwecks parlamentarischer Berichterstattung später zu stellen, sobald der Kandidat aufgestellt worden sein wird, um denselben zugleich auf das energischste zu unterstützen. Ich bitte, dies gefälligst den geehrten Wählern bekannt zu geben und sie in meinem Namen um Entschuldigung zu bitten.“

Die Delegation, welche in der Thorner Versammlung gewählt worden war, um sich mit Herrn Brejski zu verständigen, richtete an ihn nachstehenden Brief:

Thorn, den 13. Juni 1905.

Herrn Redakteur Johann Brejski, Bochum.

Die nachstehend unterzeichnete Delegation der gestern abgehaltenen Wählerversammlung hat Sie nicht zu Hause angetroffen. Um den Auftrag der Versammlung auszuführen, welche letztere der Ansicht war, Sie würden wiederum siegreich aus der Wahlurne hervorgehen, wendet sich die Delegation an Sie brieflich mit der Bitte, Sie möchten postwendend zu Händen des Vorsitzenden der Versammlung Herrn B. Hozakowski in Thorn mitteilen, ob Sie

1. das Ihnen durch unsre Wahlen für 5 Jahre übertragene Mandat behalten, ob Sie
2. binnen 14 Tagen sich in einer neuen Versammlung einfinden wollen mit dem Bericht über die Tätigkeit als Abgeordneter und ob Sie eventuell in dieser Versammlung Ihre Erklärung bezüglich Ihrer Kandidatur persönlich wiederholen wollen.

Das lokale Komitee enthält sich bis zum Moment des Eintreffens Ihrer Entscheidung jeder Tätigkeit in Erwartung Ihrer Entscheidung.

Mit Hochachtung

Unterschriften.

Herr Johann Brejski hat mittelst eingeschriebenen Eilbriefes nachstehendes geantwortet:

Bochum, den 16. Juni 1905.

Herrn B. Hozakowski, Thorn.

Im Namen der Delegation der Thorner Versammlung vom 12. d. M. fragen Sie mich

1. ob ich das mir durch unsre Wahlen für 5 Jahre übertragene Abgeordnetenmandat behalte,
2. ob ich bereit bin, mich binnen 14 Tagen in einer neuen Wählerversammlung mit dem Bericht über die Tätigkeit als Abgeordneter einzufinden und in dieser Versammlung ev. die Erklärung betreffs meiner Kandidatur persönlich zu wiederholen.

Auf obige Fragen habe ich die Ehre, ergebenst zu antworten:

1. Das Provinzialkomitee für Westpreußen hat durch Schreiben seines Vorsitzenden Pfarrer Dr. v. Wolzlegier, abgesandt zu Händen des Delegierten des Kreises Thorn Stadt, ausdrücklich aufgetragen, in der einzuberufenden Versammlung eine Kandidatenliste aufzustellen. Damit hat das Provinzialkomitee meine Kandidatur als durch die Ungültigkeitserklärung des Mandats für vor Ablauf des fünfjährigen Zeitraums erloschen erachtet. Ich will nicht durch Aufrechterhaltung meiner Kandidatur mich in Gegensatz stellen zu dem Provinzialkomitee, und zwar umsoweniger, als Gründe sowohl prinzipieller, als auch persönlicher Natur auch mich bewogen haben, formell auf die Kandidatur zu verzichten. Kann es sich doch angesichts des Briefes des Vorsitzenden des Provinzialkomitees nur noch darum handeln, ob ich damit einverstanden bin, daß man mich als einen der Kandidaten auf die Liste setze, über welche jeder der vier Kreise in der Versammlung abstimmen und aus welcher sodann das Provinzialkomitee nebst den Delegierten durch Ballotement den Abgeordneten-Kandidaten auswählen würde. Ich bitte nun, daß man mich auf jene Kandidatenliste nicht setze.
2. Über die Tätigkeit der polnischen Fraktion fast bis zum Moment der Annullierung meines Mandats durch die Wahlprüfungskommission habe ich den Wählern des Kreises Thorn Stadt bereits Bericht erstattet. Später war ich nur passiver Zeuge der Arbeiten der Fraktion. Aber auch darüber bin ich bereit, Bericht zu erstatten, jedoch nicht eher, als nach Aufstellung des Kandidaten, da ich nicht durch früheres Erscheinen vor den Wählern ihre Entschlüsse beeinflussen will. Ich meinerseits werde jeden regelrecht aufgestellten Kandidaten mit voller Energie unterstützen, und ich bin dessen gewiß, daß dies auch alle Wähler tun werden, die mich bisher mit ihrem für mich schätzenswerten Vertrauen und mit ihrer Anhänglichkeit bedacht haben, dessen Andenken ich mit dankbarem Herzen bis zum Grabe bewahren werde.

Mit Hochachtung
Johann Brejski, Redakteur.

Aus Nr. 141 der Gazeta Torunska (Thorn)

vom 22. Juni 1905:

Kostenfreie Rechtshilfe

richten wir vom 1. Juli d. J. ab für unsere Abonnenten sowie für Mitglieder der „polnischen Berufsvereinigung“ ein, wenn sie auch nicht unsere Abonnenten sind.

Einzelheiten über diese Rechtshilfe werden wir in nächster Zeit bringen.

Aus Nr. 143 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 25. Juni 1905:

Aus Zoppot.

In Übereinstimmung mit dem unausgesetzt anwachsenden Zufließen von Badegästen kommen auch unsre Landsleute mit jedem Jahre in immer größerer Zahl hierher, und zu unsrer Zufriedenheit muß bekannt

werden, daß die Gesinnung der örtlichen, wenn auch deutschen Bevölkerung uns gegenüber eine sehr wohlmeinende ist. In letzter Zeit namentlich waren verschiedene Einzelheiten zu bemerken, welche obige Behauptung begründeten. Die wichtigste von ihnen ist das Mißtrauensvotum, das die hiesige Stadtverordnetenversammlung vor einigen Wochen ihrem Vorsitzenden, einem bekannten Hakatisten, erteilt hat und die Wahl des uns wohlgesinnten Dr. Wagner an seiner Stelle, eines Herrn, der des Polnischen vorzüglich mächtig ist. Deutlicher jedoch bekundeten vor kurzem die anässigen Zoppoter ihre Anschauung in dieser Hinsicht in dem auf die Aufforderung des Führers der Hakatisten erteilten Bescheid, der in der hiesigen deutschen Zeitung veröffentlicht und in welchem kurz und bündig erklärt wurde, die ständig hier anässigen Bewohner von Zoppot wollten von den Bestrebungen der Brüder von den drei Buchstaben nichts wissen. Darum hat auch die Befürchtung vor irgendwelchen hakatistischen Ausschreitungen gegenwärtig hier nicht die mindeste Grundlage, und es genügt, die hiesige Lesehalle des Kurhauses zu besuchen, um sich davon zu überzeugen, daß die Kurverwaltung unsre Forderungen gern erfüllt. Sind doch dort alle wichtigeren polnischen Blätter zu finden.

Aus Nr. 141 der Gazeta Torunska (Thorn)

vom 22. Juni 1905:

Dirschau.

Schon seit einigen Jahren findet in der katholischen Kirche der Gottesdienst am Sonntage und Feiertags in der Reihenfolge statt, daß um 7 Uhr Morgens die erste Messe stattfindet; dann findet um 8½ Uhr der Gottesdienst für die Deutschkatholiken statt und um 10½ Uhr beginnt der Hauptgottesdienst mit polnischer Predigt. Weil sich nun nicht jeder dieser übrigens sehr bequemen Einteilung immer anpassen kann, so kommt es vor, daß mancher Pole zur deutschen und umgekehrt mancher Deutsche zur polnischen Predigt geht. **In letzter Zeit ist namentlich auf die Beamten aufgepaßt worden, die den polnischen Gottesdienst besuchten, und selbstverständlich sind wiederum Denunziationen vorgekommen, so daß erwartet werden darf, daß infolge dessen in kürzester Zeit mancher katholische Beamte wiederum „im Interesse des Dienstes“ verfehlt werden wird.**

Aus Nr. 74 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 22. Juni 1905:

Rawra, den 19. Juni 1905.

Seinerzeit versprach ich, daß ich in der Angelegenheit der Trennung der bisher vereinigten Ämter eines Lehrers und Organisten bei uns mir erlauben werde, über den weiteren Verlauf oder über die Beendigung der für uns so wichtigen und schmerzhaften Angelegenheit Mitteilung zu machen. Obgleich nun seit dem Tode des letzten Organisten, der gleichzeitig Lehrer war, beinahe 2½ Jahre verflossen sind, so ist die Angelegenheit hinsichtlich der von der Regierung in Marienwerder in die Wege geleiteten Trennung dieser Ämter weder beendet, noch erledigt, und wie die Sachen jetzt stehen, wird sie auch nicht so schnell erledigt werden. Wen es nicht schmerzt, der hat es nicht eilig — sagt unser Sprichwort, und die Regierung schmerzt doch die Frage bezüglich eines Organisten in Rawra gewiß nicht. Aber uns schmerzt

sie umsomehr, weil der Gottesdienst und das Lob Gottes darunter sehr leiden. An dem Leidenstage waren bei uns schon drei Jahre lang keine Prozessionen, weil man sie ohne den Organisten garnicht ausführen kann; in der Charwoche mußte der Gottesdienst und auch die Resurrektion ausfallen; es ist, als wenn der Herr Christus für uns nicht auferstanden wäre; die Prozessionen vor dem Gottesdienst an den Sonntagen und an den Osterfeiertagen — wie kurz sind sie ausgefallen — wie war die Wasserweihe am Vorabend vor Pfingsten? — Was ist aus unseren Adventsanden geworden? Solche Klagen könnte man noch sehr viele anführen, und sie alle sind völlig begründet und gerechtfertigt; was soll man erst von den Leichenbegängnissen, Taufen und Trauungen sagen — was für eine Bedienung gibt es dabei?

Auf meine alten Jahre muß ich mitunter im Ornat aus der Sakristei herausgehen und mir die Lichter selbst anzünden; wahrlich einen großen Ehrenposten habe ich im Alter erreicht — es ist garnicht darüber zu reden. Was wird mit dem Gottesdienst am Fronleichnamstage und mit unserer großen erhebenden Prozession werden?

Ohne Organisten ist die Sache hier schwierig, und jedenfalls werden wir uns ohne Prozession begeben müssen, denn dazu ist unumgänglich die Orgel notwendig. Und wer ist daran schuld, daß hier unwürdige und geradezu Erbitterung sowie Entrüstung hervorrufende Verhältnisse entstanden sind und weiter bestehen?

Niemand anders kann hier die Schuld treffen, als die Königliche Regierung in Marienwerder. Wenn die Regierung die Ämter eines Lehrers und Organisten trennen wollte — wozu sie offenbar berechtigt ist —, so war es ihre Pflicht und Schuldigkeit, bis zur endgültigen Regelung der Trennung uns inzwischen einen guten und geeigneten Vertreter für den Organisten zu stellen, was ich schon so oftmals gefordert habe. Doch die Regierung ist auf meine Vorschläge nicht recht eingegangen; und als sie endlich, von anderer Seite dazu genötigt, uns zwei Jünglinge als „scheinbare“ Vertreter sandte, so sollten diese Jünglinge doch wohl nur zeigen, daß man heutzutage in den Seminarien das Orgelspielen nicht lernen kann; für die Organistenstelle waren sie vollständig ungeeignet, und so müssen wir uns ohne einen Organisten durchschlagen. Wenn ferner die Regierung die Trennung dieser beiden organisch verbundenen Ämter haben wollte, so war es ihre weitere Pflicht, sich gleich nach dem Tode des letzten Lehrers mit dieser Sache zu befassen, und nicht erst nach zwei Jahren.

Der letzte Lokaltermin hat am 8. März d. Js. stattgefunden — und seit dieser Zeit herrscht Ruhe und Frieden. Auf die an die Regierung gerichteten Beschwerden, mit denen ich garnicht sparsam umgehe, erhalte ich die stereotype Antwort: Der Herr Minister hat noch nichts definitives beschlossen — wir müssen erst seine Antwort abwarten; und wenn Se. Excellenz der Herr Minister von mir attackiert wird, dann gibst du mir mitunter direkt, mitunter durch die Regierung Antwort, aber nur in der Weise, daß die Trennung nicht im geringsten ausgesprochen worden sei —, aber wir leiden darunter; wie es war, so ist es geblieben. **Wenn im Gestüt zu Marienwerder ein Wärter fehlen würde, oder im Regierungsgebäude ein Ofenheizer, oder alte Weiber zum Stuben-**

aussetzen, dann wären diese wichtigen Beamten in spätestens 14 Tagen mit Gehalt und mit Aussicht auf Pension angestellt —, aber um einen Organisten in einer katholischen Kirche und noch dazu in Nawra —, wer würde sich um so eine Kleinigkeit kümmern und die Äkten wenden — mögen sie warten. Deshalb habe ich auch gesagt, daß das offenbar eine Geringschätzung, eine Abneigung sei. Für den verstorbenen Minister wurde am zweiten oder am dritten Tage ein Nachfolger ernannt, und da sind doch so viele Räte und Direktoren, daß das Amt durch einen Todesfall nicht im mindesten zu leiden hat; — der Organist ist dagegen unweigerlich erforderlich, und wir können ihn bei der Regierung nicht herauschlagen in beinahe 2½ Jahren.

Vielleicht wird uns gesagt werden: der Herr Patron ist dagegen und stellt verschiedene Bedingungen mit denen wir nicht einverstanden sein können —, darauf antworte ich folgendes: wenn sich die Königliche Regierung mit den vom Kirchenvorstand am 26. März d. Js. gestellten Bedingungen einverstanden erklärt — so wird sich auch der Patron damit einverstanden erklären — dessen bin ich sicher. Wenn die Trennung nur im Prinzip ausgesprochen werden möchte — dann dürfte man bei dem guten Willen, den wir immer aufrichtig gezeigt haben, um das übrige nicht so sehr besorgt sein. So ist unsre Sache armfelig gewesen und geblieben — nichts hat sich geändert, um nichts ist sie vorwärts geschritten. Wird nun aber eine Wendung zum Guten bald eintreten? Ich zweifle daran! Einmal deswegen, weil der Referent der in Frage kommenden Abteilung, Regierungsassessor v. Trebra als Landrat nach Ragnit versetzt worden ist, und ehe der neue Referent die Äkten durchsieht, da werden wohl mehrere Wochen und vielleicht auch Monate vergehen; und dann, wenn auch in kürzester Zeit — woran ich aber zu zweifeln wage — die Trennung endgültig ausgesprochen werden sollte, da werden wir die Wohnung für den Organisten bauen müssen. Ehe wir die aber bauen, ehe sie trocken wird, vergehen 5—6 Monate —, also vor Neujahr können wir die Besetzung dieser Stelle kaum erwarten. Wenn hier eine Wohnung zu haben wäre, dann könnte man sie gleich mieten; doch hier ist ein Dominium, alle Wohnungen sind besetzt — also auch hierin bestehen Schwierigkeiten. Warum ich über diese Schwierigkeiten schreibe?

1. Um meinen Herzenskummer zu erleichtern; denn es wird dem Menschen immer leichter, wenn er sein Herz ausschütten kann;
2. um meine vor Schmerz aufgelösten und entristeten Parochianen zu beruhigen und ihnen auf ihre Klagen zu antworten;
3. um meinen lieben Herren Amtsbrüdern eine Antwort auf ihre Anfragen zu geben und sie gleichzeitig dahin zu belehren, daß sie im gegebenen Falle sofort eine Wohnung mieten, sowie alles andere besorgen, und erst dann mit der Regierung in Verhandlung eintreten;
4. damit die „Flucht in die Öffentlichkeit“ die überaus langsame Regierung vielleicht zur schnelleren Tätigkeit veranlassen und eine schnellere Beendigung dieser für uns so wichtigen Angelegenheit herbeiführe.

Propst J. Odrowski.

Aus Nr. 73 der Gazeta Gdańska (Danzig)

vom 20. Juni 1905:

Über die Pilgerfahrt nach Neustadt (W.-Pr.).

Geradezu unglaubliche Nachrichten machen seit der letzten Pilgerfahrt nach Neustadt in der ganzen Kassubei die Runde. Besonders erzählt man sich in geistlichen und weltlichen Kreisen, daß ein deutsch-katholischer Pfarrer einer kassubischen Parochie seinen Parochianen abgeraten, oder ihnen sogar geradezu verboten habe, sich an dieser Pilgerfahrt zu beteiligen, indem er behauptete, daß sie dadurch keinen Ablass erhielten.

Indem wir nicht annehmen, daß der kirchliche Haktismus soweit gehen könnte, um eine Jahrhunderte alte Tradition der geheiligten Gebräuche unseres frommen Volkes zu vernichten, können wir diesem Gerücht keinen Glauben beimessen; doch da sich dieses Gerücht auf jedem Schritte wiederholt, darum fühlen wir uns verpflichtet, die obige Nachricht wiederzugeben und diejenigen Personen, welche uns in dieser Beziehung genaue und eingehende Informationen geben könnten, zu bitten, uns mitzuteilen, inwieweit die Nachricht auf Wahrheit beruht.

Wenn es sich bewahrheiten sollte, was man sich mit Entrüstung erzählt, so würden wir das als den ersten Schritt zur gleichen Lutheranisierung der Kassuben betrachten, wie man seinerzeit gegen unsere stammverwandten evangelischen Masuren jenseits der Weichsel vorgegangen ist, die ihren früheren katholischen Glauben verloren haben, ohne daß sie es wußten. Der Haktismus strebt nämlich nicht nur die Germanisierung, sondern namentlich auch die Lutheranisierung der Kassuben an, wie wir in der letzten Nummer der Gazeta Gdanska nachgewiesen haben, indem wir amtliches Material vorführten, wonach die Ansiedelungskommission nur an Lutheraner Parzellen verkauft. Es ist auch bekannt, daß die Andersgläubigen schon seit langer Zeit in unseren Städtchen eifrig bemüht sind, unsere Fronleichnamsprozessionen und andere feierlichen Umzüge abzuschaffen, die wir uns als Erbe unserer Väter zu achten und lieben gewöhnt haben. Daher wird auch die Redaktion der Gaz. Gdanska, die auf der Wacht unserer nationalen Güter in der Kassubei steht, denjenigen Lesern dankbar sein, die sie darüber informieren möchten, ob das Gerücht vom Verbot der Neustädter Pilgerfahrt durch einen Geistlichen auf Wahrheit beruht oder nicht.

(Nun folgen einige historische Daten über die Gründung der Stadt Neustadt und über ihre Entwicklung.)

Aus Nr. 145 der Gazeta Toruńska (Thorn)

vom 28. Juni 1905:

Ein polnisches Blatt für Masuren.

Heute erhielten wir die Probenummer des neuen Blattes unter dem Namen Goniec Mazurski (Mazurischer Eilbote). Herausgeber ist Herr Szczepan Karas, Redakteur Herr Franz Wospieszyński, Buchhändler und Druckereibesitzer in Osterode.

Aus Nr. 72 der Gazeta Olsztyńska (Allenstein)

vom 20. Juni 1905:

Allenstein.

In der letzten Nummer hatten wir mitgeteilt, daß zur Einrichtung des Regierungsgebäudes am Donnerstag

die Herren Regierungspräsidenten v. Werder und Hegel sowie Ministerialkommissare hier eingetroffen waren. Diese Herren teilten bei dieser Gelegenheit gleich das Gebäude in entsprechende Abteilungen ein und ordneten an, daß der Besitzer Herr Mrzyk ev. Änderungen vornehmen müsse. Hierbei traf sie eine kleine Überraschung. Nämlich 2 Offiziere, die mit Herrn Mrzyk bis 1907 Kontrakt gemacht haben, denken nicht daran, der Regierung Platz zu machen. Nachdem sich die Herren Regierungspräsidenten überzeugt hatten, daß alle Vorstellungen vergebens waren, mußten sie bis 1907 eine Wohnung im Hause des Herren Augustin mieten. Diese Herren sind also vor der Regierung nicht erschrocken — wie es so mancher getan hätte.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 145 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 28. Juni 1905:

Bilanz per 31. Oktober 1904.

	Aktiva.		Passiva.	
Kassa-Konto	3 832	31		
Waren-Konto	34 705	01		
Utenfilien-Konto	5 176	50		
Schuldner-Konto	995	30		
Gläubiger-Konto			40 952	55
Konto sospeso			241	58
Kapital-Konto			3 514	99
	44 709	12	44 709	12

Die Summe der Geschäftsanteile erhöhte sich vom 31. Oktober 1903 bis 31. Oktober 1904 um 3476,90 Mk.

Die Haftsumme erhöhte sich in derselben Zeit um 14 820,00 Mk.

Am Schluß des Rechnungsjahres beträgt die Haftsumme der Mitglieder 43 410,00 Mk.

Mitgliederbestand am 1. 11. 1903 888
Neu hinzugetreten bis 31. 10. 1904 505

Gegenwärtiger Stand der Mitglieder am
Schluß des Rechnungsjahres 1393

Zum Schluß des Geschäftsjahres scheiden aus
durch Kündigung 39

Mithin Zahl der Mitglieder am 1. 1. 1904 1354
mit 1403 Geschäftsanteilen.

Konsum „Merkur“

E. G. m. b. H.

Der Vorstand Der Aufsichtsrat
J. Steiner. J. Kobota. J. Grziwocz.

Aus Nr. 73 der Nowiny Raciborskie (Ratibor)

vom 24. Juni 1905:

Wer ist schuld?

Die deutschen Blätter teilen mit, daß auf dem Bahnhofe in Glatz fünf Knaben im Alter von 13 bis 15 Jahren angehalten wurden, welche den Eltern über 300 Mk. entwendet hatten und nach der Schweiz auszurücken beabsichtigten. Die Namen der minderjährigen Missetäter lassen darauf schließen, daß es polnische Kinder sind. Es dürfte schwer fallen, etwas zu ihrer Rechtfertigung anzuführen. Nichtsdestoweniger muß man sich fragen: wer ist schuld daran? — Auf die Frage gibt es wohl keine andere Antwort als: Das heutige System der Kindererziehung!

Denn wie kann es auch anders sein? Heutzutage kommt es in der Schule nicht so sehr darauf an, daß

das polnische Kind die Grundsätze des Glaubens und der Gebote Gottes kennen lernen soll, — als auf die Kenntnis der deutschen Sprache und der vaterländischen Geschichte.

Die Brocken, welche ein polnisches Kind im Religionsunterricht erhält, — werden ihm in fremder Sprache, die es nicht verstehen kann, eingeprägt, daher ist es auch kein Wunder, daß das Kind nur die wenigen Wahrheiten, welche ein jeder Christ kennen sollte, wie ein Papagei auswendig lernt, doch in das Herz des Kindes werden sie nie eindringen. Erst in diesen Tagen beklagte sich ein Familienvater bei uns, daß seine Kinder weder verstehen noch erklären können, was sie in der Schule lernen. — Wie kann also eine solche Lehre gute Früchte zeitigen? . . . Wie kann man sich hier über die immer mehr zunehmende Verwilderung der polnischen Kinder wundern? . . . Die Folge davon ist, daß die Kinder in den Grundsätzen des Glaubens gleichgültig werden, nicht einmal die Tragweite des Bösen oder der Sünde begreifen können; wenn sie aber überdies von den Eltern zu Haus nicht angehalten werden, ihre Gebete zu verrichten, dann verlieren sie überhaupt den Sinn für das Böse, sie wissen nicht was Gottesfurcht ist, und die Furcht vor der körperlichen Züchtigung hält sie vom Untergange nicht zurück.

Wer sich mit dieser Sache lebhaft befaßt, der möge nur das Verhalten unserer Kinder während der Kirchenandacht betrachten. — Sie haben zwar ein Gebetbuch in der Hand, doch — halten sie es entweder verkehrt, oder sie vertiefen sich in das Gebet garnicht. Wozu denn? — Einfach deshalb: weil das ein deutsches Gebetbuch ist; das Gebet in deutscher Sprache dringt nicht in ihre Herzen. Hat sie doch die Mutter, als sie kaum die ersten Schritte zu gehen begannen, polnisch beten gelehrt, — und mit einem Mal erfolgt ein Umschwung, — es wird ihnen befohlen, den lieben Gott in deutscher Sprache zu loben. Within ist es kein Wunder, daß der Geist des Kindes die Tragweite des Gebets nicht begreift, in religiösen Angelegenheiten gleichgültig wird und schließlich alles für nichts erachtet, was erhaben und göttlich ist. Mit Recht besagt das altpolnische Sprichwort: „Jung gewohnt, alt getan.“ Wenn das Kind schon in der Jugend die Gottesfurcht verliert, so ist alle Mühe vergeblich, es in späterem Alter auf den Weg der Wahrheit und Tugend zurückzuführen. Eine andere Sache, welche den Geist des polnischen Kindes verzerrt, ist das allzu frühe Lesen deutscher Bücher, die aus verschiedenen Bibliotheken stammen und deren Hauptzweck die Germanisierung des polnischen Volkes in den polnischen Gegenden ist. Wieviel ungesunde, geistige Nahrung für das junge Gemüt steckt doch in diesen Bibliotheken und Büchern! Kann man denn von dem Lesen von Büchern, in denen alles was polnisch und sogar was katholisch ist, in falschem Lichte dargestellt, während der Protestantismus zum Himmel erhoben wird, guten Erfolg erhoffen? — Und mangelt es an solchen Büchern in den sogenannten deutschen Volksbibliotheken?

Dies alles geschieht natürlich unter dem Deckmantel, daß Aufklärung und Kultur verbreitet wird — ob aber diese Kultur auch zur Hebung der Sittlichkeit unter dem polnisch-katholischen Volke beiträgt, — danach fragt niemand. Wenn der Regierung und den Behörden an der Verbreitung von Aufklärung unter dem polnisch-katholischen Volke tatsächlich gelegen ist, so müßten sie dies mittelst polnischer, diesem Volke verständlicher Bücher tun. Schließlich kann man nicht mit Stillschweigen übergehen, daß die zur Mode gewordenen Familienabende, oder vielmehr germanisatorischen Abende, nicht wenig dazu beigetragen, den

Geist der polnischen Kinder zu verzerren. Mit Recht haben auch schon manche deutsche Blätter bemerkt, daß ein Kind spät am Abend zu Bett liegen müßte und nicht in die Kneipe gehöre, wo manchmal schon die erste Saat des Bösen in sein junges Herz hineinfällt. — Mit Recht sind auch schon einige Regierungen dagegen eingeschritten und haben entsprechende Verordnungen erlassen, um nicht zu zeitig den Geist des Kindes durch öffentliches Auftreten und unpassende Deklamationen zu belasten. Doch über die Verwilderung des Kindes klagen nicht nur die polnischen Eltern, sondern auch in der deutschen Gesamtheit zeigen sich dieselben traurigen Erscheinungen und die Quellen des Bösen sind in dem heutigen Erziehungssystem der Schule zu suchen.

Die Entziehung der Schule von der Aufsicht der Geistlichkeit, ungenügender Religionsunterricht, — das sind zwei Punkte, welche der Schule die Aufgabe ewig erschweren werden. Nur dann kann man eine sittliche Erziehung des jungen Geschlechts, und gute Erfolge erwarten, wenn die Schule und Kirche, wie auch das Elternhaus Hand in Hand arbeiten werden. Doch dies wird erst dann möglich sein, wenn der Schulunterricht in der Muttersprache erteilt werden wird. Der Regierung stehen also zwei Wege offen; je eher sie mit der kafatistischen Unterrichtsmethode in der fremden, für die Kinder unverständlichen Sprache bricht, desto besser wird es für sie und das ganze Land sein. Möge auch die Regierung dessen eingedenk sein, daß wie die Saat, so auch die Ernte ist, und wie die Erziehung der Jugend, so auch das spätere Geschlecht sein wird.

Aus Nr. 140 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 21. Juni 1905:

Aus Oberschlesien.

Oppeln, den 18. Juni.

Gehrte Redaktion! Ich lese in Nr. 137 des Dziennik Poznański, daß das Organ des Herrn Korfanty mir in Sachen der Landtagsergänzungswahlen im Oppeln'schen nachrede, ich hätte die Solidarität gebrochen. Ich bitte daher ergebenst um gefällige Aufnahme nachstehender Aufklärung:

Am zweiten Tage nach dem Tode des Abgeordneten für Oppeln, Rats Vogt, berief mich der Schriftführer des polnischen Wahlkomitees für Schlesien telegraphisch nach Kattowitz. Ich folgte dieser Aufforderung und stellte mich zu der Komiteesitzung. Die Oppelner Sache kam ganz am Ende nach Ablauf mehrerer Stunden, also überaus spät zur Beratung.

Ungeachtet dessen wurde sie meines Erachtens genau und unzweideutig erledigt. In dieser Angelegenheit hat keines der Komiteemitglieder eigentlich entscheidend das Wort ergriffen oder Vorschläge gemacht. Vielmehr wurde ich von vornherein ersucht, meine Meinung bezüglich der Verhältnisse im Oppeln'schen zu äußern. Bezüglich des letzten Punktes sagte ich, es gebe zwei Wege, die wir wählen könnten, entweder werde das Komitee von dem Oppelner Wahlkreis die Einnahme eines der Zentrumsparthei direkt gegnerischen Standpunktes fordern, und in diesem Falle würden wir einen Kandidaten für die polnische Fraktion wählen und durchfallen, oder aber das Komitee lasse mir Freiheit des Handelns und der Verständigung mit den Geistlichen, da eine solche Verständigung meines Erachtens möglich sei.

Meine Meinung sagte ich etwa mit folgenden Worten: Besser ist es, im Einverständnis mit den Geistlichen einen Kandidaten des polnischen Volkes

ins Zentrum wählen, als gestatten, daß die vereinigten deutschen Parteien, der sogenannte Mischmajch, wie bei der Wahl des Abgeordneten Vogt uns schlagen samt unserm Kandidaten für die polnische Fraktion. Man gab mir recht. Nur eine Stimme ließ sich dahin vernehmen, das polnische Wahlkomitee könne einen Zentrumskandidaten nicht empfehlen, da es auf einem dieser Partei entgegengesetzten Standpunkt stehe. Darum lassen Sie, meine Herren, freie Hand zum Handeln! — sagte ich darauf.

Dabei blieb es. Niemand war dagegen; auch ist mir von seiten des polnischen Wahlkomitees kein Protest zugegangen, als ich gleich nach dieser Sitzung in der Gazeta Dpolska bekannt gab, die Redaktion des Blattes habe dafür gesorgt, daß man ihr zwecks Verständigung freie Hand zum Handeln lasse.

Erst nachdem in der Gazeta Dpolska bekannt gegeben war, in Oppeln habe sich ein polnisches Kreiswahlkomitee gebildet, erschienen zwei Delegierte des polnischen Provinzial-Wahlkomitees, und sie behaupteten anfangs, ich sei in der Auffassung des Begriffes „freie Hand zum Handeln“ mit der Gründung des Kreiswahlkomitees zu weit gegangen. Nachdem sie jedoch in der Folge sich von dem Gange der Sache und davon überzeugt hatten, daß ich an Ort und Stelle irgend eine sichere Grundlage des Handelns haben mußte, erkannten sie als gut an, daß sich ein Kreiskomitee gebildet habe. Die gleiche Anerkennung erfuhr ich von seiten des Provinzialkomitees, und ich habe es schriftlich vorliegen.

Die Herren Delegierten erklärten mir bei der Abreise von Oppeln, sie erachteten mein und des Kreiskomitees Vorgehen für korrekt und regelrecht.

Das Provinzialkomitee war auch in der Folge (ich habe dies gleichfalls schriftlich) mit dem Beschluß des Kreiskomitees betreffs der Kandidatur des Pfarrers Abramski einverstanden, es stellte jedoch die Bedingung, Pfarrer A. solle eine Erklärung unterschreiben dahin lautend, daß er überall und immer für die Rechte des polnischen Volkes eintreten werde.

Diese Erklärung sandte mir das Provinzialkomitee durch Gilboten mit der Forderung, ich solle den Pfarrer A. um die Unterschrift ersuchen. Durch Gilboten deshalb, weil ich dem Provinzialkomitee mitgeteilt hatte, die Sitzung des Zentrumskomitees für den Kreis Oppeln müsse zeitiger stattfinden, als ich angenommen hatte. Ich erhielt daher die Erklärung in der Nacht von Sonntag zu Montag, den 5. Juni. Am demselben Tage, 4 Uhr Nachmittag, sollte die Sitzung des Zentrumskomitees stattfinden. Es war daher wenig Zeit, um die Sache betreffend die Erklärung zur Entscheidung zu bringen, da Pfarrer A. die Bereitschaft, die Erklärung auszustellen, geäußert hatte, aber mit Rücksicht auf den politischen Charakter seiner Kandidatur für die Zentrumsparthei schrieb er: „In Übereinstimmung mit der Losung „Für Wahrheit, Freiheit und Recht“ werde ich stets die berechtigten Interessen meiner Wähler und des polnischen Volkes vertreten.“

Falls diese Erklärung nicht ausreichen sollte, wollte Pfarrer A. noch vor der Sitzung des Zentrumskomitees sich von der ganzen Verständigungsaktion zurückziehen und überhaupt, wie ich es verstanden habe, an der Sitzung des Zentrumskomitees nicht teilnehmen. Keinesfalls hätte Pfarrer A. die Kandidatur angenommen, und es war daher sicher, daß eine Mischmajchkandidatur zu stande gekommen wäre, d. i. eine solche, zu Gunsten deren sich alle übrigen Parteien gegen die polnische vereinigt hätten. Es galt also, sich schnell zu entscheiden. Ich beschloß, die Erklärungsangelegenheit dem Kreiskomitee zur Erledigung mit dem Provinzialkomitee vorzulegen, den Herrn Propst Abramski

aber bat ich, sich von der Wahlaktion nicht zurückziehen. Es war das im offenkundigen Interesse der polnischen Bevölkerung und des Ausfalls der Wahl zu ihren Gunsten oder Ungunsten.

Tatsächlich hat Herr Propst A. sich nicht zurückgezogen und er wurde vom Zentrumskomitee mit Stimmenmehrheit als Landtagskandidat aufgestellt.

Ich legte daher die Sache dem Kreiskomitee vor, welches beschloß, eine schriftliche Eingabe an das Provinzialkomitee zu richten mit der Bitte, vom Propst A. überhaupt keine Erklärung zu fordern, da das Kreiskomitee sich einstimmig für seine Kandidatur erklärt und zu ihm vollkommenes Vertrauen habe. (Hier gab das Kreiskomitee seine gerechtfertigten Beweggründe für eine solche Stellungnahme an.)

Was die Erklärung anbetrifft, welche Propst A. abgeben wollte, so erkannte das Kreiskomitee dahin, daß dieselbe besonders in Erwägung der Begleitumstände vollständig ausreichend sei; denn Pfarrer A. nimmt mit Recht Rücksicht auf seine Zentrumswähler und auf die Partei, in welche er gewählt werden soll. Übrigens hat ja auch der verstorbene Windthorst, der wackere Verteidiger der Polen, dem für alle Zeiten ihrerseits Dank gewiß ist, die polnische Nation im Namen der Losung „Für Wahrheit, Freiheit und Recht“ verteidigt. Mehr haben wir auch vom Zentrum nicht gefordert und wir fordern auch nicht mehr als nur das, daß diese Partei eben diese Losung wahre, ihr treu bleibe und ihr in der Praxis Ausdruck verleihe.

In Beantwortung der Eingabe des Kreiskomitees teilte mir das Provinzialkomitee mit, es sei mit der zweiten Erklärung einverstanden, bitte um deren Einwendung und bestätige den Beschluß des Wahlkomitees für den Kreis Oppeln.

Propst Abramski antwortete mir jetzt, er werde die verlangte Erklärung auf Wunsch auch zu Händen des Kreiskomitees abgeben. Sollte das Kreiskomitee erklären, es sehe von seiner Kandidatur ab und werde sie nicht unterstützen, so sei er bereit, die Kandidatur niederzulegen und sich aus der ganzen Wahlaktion zurückzuziehen, da er, wie er schon vorher gesagt hatte, weder mit seinen Parochianen, noch überhaupt mit dem polnischen Volke kämpfen wolle.

Es wäre offenbar politischer Selbstmord, wenn das Kreiskomitee einer Erklärung halber, die es selbst überhaupt nicht gefordert hatte, sich vom Pfarrer A. abgewandt und nach dem Einschlagen einer abweichenden Taktik und auf diese Weise nach Herbeiführung einer politischen Konstellation die polnischen Wahlmänner oder Wähler aus eigenem Willen einer zweifellosen Niederlage seitens des Mischmajch entgegengeführt hätte. Wir wollen kein zweites Sohrau und werden es nicht über uns herbeiführen lassen.

Bemerken muß ich hier noch, daß ich, sobald ich in der Pfingstfestnummer des Gornoslonska gelesen hatte, wie dies Blatt mich und das Oppelner Komitee des illegalen Vorgehens beschuldigte, am zweiten Festtage nach Posen gefahren bin, um mich mit dem Zentralwahlkomitee zu verständigen. Ich wollte zu diesem Zwecke mit Herrn Dr. Krysiwicz zusammen treffen. Leider war er nicht in Posen. Von angesehener Seite her wurde mir jedoch versprochen, das Zentralkomitee über die ganze Sache informieren zu wollen. Ich erfahre auch, zwar nicht direkt vom Zentralkomitee, aber doch aus bester Quelle, daß das Zentralkomitee die Aktion des Oppelner Komitees als gerechtfertigt und korrekt anerkennt.

Aus allem, was ich oben ausgeführt habe, kann man sich doch wohl hinlänglich überzeugen, daß ich weder Zeit, noch Mühe, noch persönliche Kosten gescheut habe (denn ich besitze keinen Fonds für solche Ausgaben), um legal zu verfahren und die Solidarität zu

wahren. Mit welchem Recht kann man mir mithin etwas Gegenteiliges vorwerfen?

Und jetzt noch eins: Die Person des Pfarrers Herrn Abramski wird einer verschiedenartigen — günstigen und ungünstigen — Kritik unterworfen, je nach Richtung und Färbung der Blätter. Kein Mensch, also auch kein Abgeordneten kandidat ist ohne Fehler. Über jeden kann man etwas Nachteiliges aus der Vergangenheit sagen, vielleicht am meisten über die, welche am meisten kritisieren.

Den Pfarrer Herrn Abramski habe ich persönlich erst aus Anlaß der jetzigen Wahlen kennen gelernt, jedoch weiß ich seit langem, von welchen Motiven er sich bei seinen Handlungen hat leiten lassen. Ob uns, was er getan hat, gefallen oder mißfallen hat, stets hat doch bei seinen größten Gegnern die Meinung überwogen, daß er es aus Liebe zum Volke und aus Anhänglichkeit an das Volk getan hat, aus welchem er selbst herstammt. Hier in Oppeln hat er sich von seinen Gegnern deshalb, weil er dem Volke gibt, was dem Volke zukommt, den Spitznamen „der polnische Pfarrer“ erworben.

Abgesehen davon ist er peinlich gerecht, er behandelt daher auch die deutschen Parochianen mit größter Sorgfalt. Er ist energisch, entschieden, dabei ein talentierter und nicht alltäglicher Redner. Daher hat unsere Bevölkerung mit besonderer Befriedigung die Kandidatur aufgenommen und sie hat zu ihm volles Vertrauen.

Darüber hinaus sollten wir, wenn wir die Personen, sowie die verschiedenen Umgestaltungen hier in den Grenzmarken betrachten, dessen eingedenk sein, daß wir in einer Bresche stehen, wo es viel Leiden, viel Kampf gibt und wo also durch Haß und Mangel an Einsicht mehr ruiniert werden kann als wo anders in mehr normalen und besser geregelten Verhältnissen.

Ich bitte die geehrte Redaktion um gefällige Aufnahme obiger Worte und verbleibe mit Hochachtung
Bronislaus Koraszewski.

Aus Nr. 27 des Polak (Kattowitz)

vom 27. Juni 1905:

Betrifft die Wahl im Bezirk Oppeln.

Der Redakteur der Gazeta Opolska Herr Bronislaus Koraszewski sucht — er nennt dies nach seiner Art eine Aufklärung — die Vorwürfe abzuschwächen, die wir gegen ihn wegen seines Verhaltens in Sachen der Ergänzungswahl im Oppelner Bezirke erhoben haben.

Wer die Aufklärung des Herrn Koraszewski liest, der kann mit mir die Überzeugung gewinnen, daß unsere Vorwürfe berechtigt sind, denn aus der ganzen „Aufklärung“ des Herrn Koraszewski geht hervor, daß er mit dem Provinzialkomitee im Widerspruch steht, und zwischen den Zeilen kann man lesen, daß er dieses Komitee moralisch terrorisiert.

Wir fühlen nicht das geringste Bedürfnis, mit Herrn Koraszewski darüber zu streiten, ob seine politischen Auffassungen berechtigt sind oder nicht. Wir haben nur die Pflicht, die Unrichtigkeiten in seiner Aufklärung zu berichtigen.

Es ist nicht wahr, wie Herr Koraszewski behauptet, daß einen Tag nach dem Tode des bisherigen Abgeordneten Bogt in Kattowitz eine Versammlung des polnischen Wahlkomitees für Schlesien stattgefunden hat, zu welcher er telegraphisch berufen worden ist. Dagegen ist es wahr, daß diese Versammlung eine Woche nach dem Tode Bogts stattfand, und zwar nicht in Kattowitz, sondern in einem nahen kleinen Orte auf galizischem Boden.

Es ist nicht wahr, daß in dieser Versammlung Herrn Koraszewski überlassen worden sei, frei zu handeln. Er wurde beauftragt, einzig und ausschließlich die politische Situation zu prüfen und über diese dem Komitee Bericht zu erstatten. Das können alle Mitglieder des Komitees bestätigen. Wir bemerken übrigens, daß Herr Koraszewski in jener Versammlung auch davon nicht gesprochen hat, daß ein Kandidat des polnischen Volkes ins Zentrum gewählt werden müsse. Unter anderem sagte er ausdrücklich, daß die Aufstellung eines Kandidaten der polnischen Fraktion und der daraus folgende Kampf mit den Zentrumsleuten für ihn einen Verlust an Lesern zur Folge haben und ihm materiellen Schaden zufügen könnte.

Im Besitze des Auftrages, die Situation im Oppelner Bezirke zu prüfen, versammelte Herr Koraszewski sofort die ihm ergebenden Leute, auf die er unbeschränkter Einfluß hat, und er gründete ganz auf eigene Faust ein Kreiswahlkomitee für den Bezirk Oppeln, ohne davon im geringsten dem Komitee Mitteilung zu machen und ohne um die Erlaubnis hierzu zu bitten.

Das Wahlkomitee für Schlesien konnte keinen Einspruch erheben, denn in Anbetracht dessen, daß seine Mitglieder über ganz Schlesien zerstreut sind und diese zu den Versammlungen ins Ausland reisen müssen, konnte sich das Komitee nicht versammeln.

Herr Koraszewski fühlte es selbst, daß sein Verhalten ungehörig war, und er schrieb an das Komitee einen Brief, in welchem er ihm mitteilte, daß er mit Pfarrer Abramski Unterhandlungen begonnen habe. Hierzu hatte er nicht das mindeste Recht.

Überaus interessant und bezeichnend in diesem Briefe ist die Bitte des Herrn Koraszewski, das Provinzialkomitee möge nicht veröffentlichen, daß ihm das Oppelner Kreiskomitee untergeben sei, und es möge unter den Unterschriften des Provinzialkomitees der Name eines Mitgliedes des Provinzialkomitees aus dem Bezirke Oppeln nicht aufgeführt werden, denn dies würde Herrn Koraszewskis Pläne vereiteln. D. h. Herr Koraszewski hat gebeten, das Komitee solle auf seine Machtbefugnis über das Oppelner Komitee Verzicht leisten und ihm zu tun erlauben, was ihm beliebt.

Dieser Brief rief in der Versammlung des Wahlkomitees allgemeine Entrüstung hervor. Es wurde einstimmig festgestellt, Herr Koraszewski sei nur beauftragt worden, die Situation einer Prüfung zu unterziehen, es wurde ferner festgestellt, daß er sich entgegen den Grundsätzen nationaler Solidarität auf eigene Faust eine Wahlorganisation geschaffen und auf eigene Faust mit den Zentrumsleuten zu unterhandeln begonnen habe. Es wurde sofort beschlossen, zwei Delegierte an Herrn Koraszewski und sein Komitee zu entsenden, um sie zur Ordnung zu rufen und die Fehler des Herrn Koraszewski wieder gut zu machen.

Um kein skandalöses Beispiel zu geben, daß die nationale Solidarität gebrochen wurde, sollten sich die Delegierten im schlimmsten Falle bemühen, die Oppelner Auflehnung mit dem Deckmantel des Provinzialkomitees zu verhüllen.

Eben diese plötzliche Entsendung der Delegierten zu Herrn Koraszewski ist der beste Beweis, daß Herr Koraszewski gegen den Willen und die Wünsche des Komitees gehandelt hat.

Wir zweifeln sehr daran, daß die Delegierten das Verhalten des Herrn Koraszewski als korrekt und regelrecht anerkannt haben.

Das an Herrn Koraszewski gerichtete Schreiben des Provinzialkomitees enthält kein Lob für ihn und anerkennt sein Verhalten nicht als berechtigt und korrekt, denn das Komitee wurde durch Herrn

Koraszewski gezwungen, die Kandidatur des Pfarrer Abramski anzunehmen, da es das unkorrekte Verhalten der Oppelner unter dem Einfluß des Herrn Koraszewski nicht enthüllen wollte. So gab es, um einen Skandal zu vermeiden, zu dieser Kandidatur seine Zustimmung, jedoch unter der Bedingung, daß Pfarrer Abramski eine Erklärung unterzeichnen wird.

Pfarrer Abramski unterschrieb eine Erklärung nicht, er fühlte sich beleidigt, wollte mit dem Provinzialkomitee nichts zu tun haben und stritt jegliche Berührung mit diesem ab. Er versprach eine Zentrumsklärung abzugeben, womit das Komitee weder einverstanden sein wollte noch konnte. Indes nahm Herr Koraszewski, wie er selbst zugibt, auf unsere höchste Wahlbehörde keine Rücksicht, sondern nahm mit dem ihm unterwürfigen Komitee auf eigene Faust die Kandidatur des Pfarrers Abramski an, ohne das Provinzialkomitee befragt zu haben, ob er so vorgehen dürfe. Was ist denn dieses Verhalten, wenn nicht ein Bruch der nationalen Solidarität?

In Anbetracht dessen erklärte sich das von Herrn Koraszewski terrorisierte Provinzialkomitee, um einen Skandal zu vermeiden, mit der anderen Erklärung des Pfarrers A., welche die Form des Zentrums hat, einverstanden. Pfarrer Abramski aber will nicht einmal eine solche Erklärung unserem Provinzialkomitee abgeben, er anerkennt es gar nicht, will mit ihm nicht unterhandeln, und Herr Koraszewski ist ihm bei dieser Arbeit wacker behilflich.

Herr Koraszewski gesteht es offen, daß er unser Provinzialkomitee ignoriert hat und sich direkt mit dem Zentralkomitee in Verbindung setzen wollte. Wie soll man dieses Verhalten bezeichnen? Ist das nicht eine Verletzung des Ansehens unserer Haupt-Wahlbehörde.

Wenn dies nicht genügt, die Schuld des Herrn Koraszewski zu beweisen, so bemerken wir, das in der letzten Versammlung des Provinzialkomitees die Oppelner Delegierten erklärt hatten, sie würden gegen den Willen unserer Hauptwahlbehörde für den Pfarrer Abramski stimmen, d. i. mit anderen Worten, sie würden eine Sezession ins Werk setzen, wenn das Provinzialkomitee auf der Forderung bestehen wird, vom Pfarrer Abramski eine Erklärung abzuverlangen. Es wurde ihnen eine halbe Stunde Bedenkzeit gelassen, und nach einer halben Stunde waren sie schließlich damit einverstanden, daß vom Pfarrer Abramski die zweite, die Zentrumsklärung gefordert werden solle. Ob Pfarrer A. diese abgegeben, ob er unser Provinzial-Wahlkomitee anerkannt hat, ist bis jetzt nicht bekannt. Das Komitee hat beschlossen, verflossene Woche die Angelegenheit in einem Aufruf aufzuklären. Da es dies bis jetzt nicht getan, darf angenommen werden, daß Pfarrer Abramski die Erklärung zu Händen des Provinzialkomitees nicht abgeben will, dieses Komitee nicht anerkennt und mit ihm nichts zu tun haben will, sondern ausschließlich mit dem Kreiskomitee in Oppeln verhandelt, welches er, wie die übrigen Zentrumsleute als polnisches Zentrumskomitee ansieht. Herr Koraszewski ruft mit Nachdruck aus: „Wir wollen kein zweites Sohrau, und wir lassen eine solche Niederlage nicht wieder über uns kommen.“

Zunächst war und ist die Wahl in Sohrau kein Unglück für die polnische Nation. Dieser Fall wurde nur wie eine Seifenblase zu nie dagewesenen Umfange aufgeblasen. Herr Koraszewski aber hat nicht das mindeste Recht, so zu schreiben und sich an die Brust zu schlagen, denn kaum vor 2 Jahren haben er und Geistlicher N. den polnisch-katholischen Wahlmännern befohlen, bei der Landtagswahl für den Regierungsparteiler und Protestanten Landrat Lücke zu stimmen. Beinahe alle polnischen Stimmen fielen dort dem Landrat zu. Alle Wähler, die Herr Koraszewski für

die feinnigen und für polnisch ansieht, wählten damals den Landrat. Wenn die Wahl in Sohrau ein Unglück ist und verurteilt zu werden verdient, so war ein um so größeres Unglück die Oppelner Wahl vor zwei Jahren, wo ein Geistlicher und Redakteur zu Gunsten eines Regierungsparteilers agitierten. In keinem Falle hat Herr Koraszewski das Recht, sich aufs hohe Pferd zu setzen, und mit der Entrüstung eines „edlen“ Patrioten über Sohrau zu schreiben. Sein gegenwärtiges Verhalten in Sachen der Ersatzwahl im Oppelner Bezirk fügt der polnischen Sache ein hundertmal größeres Unrecht zu als Sohrau, denn es vernichtet die Bande unserer Wahlorganisation und führt in unserem Lager Anarchie ein, nationale Anarchisten haben wir in Schlesien genug. —

Indem wir unsere Ausführungen zusammenfassen, stellen wir fest:

1. daß Herr Koraszewski vom Provinzialkomitee keine Genehmigung erhalten hat, frei zu handeln;
2. daß er auf eigene Faust eine Wahlorganisation gründete;
3. daß er sich ganz eigenmächtig in Unterhandlungen mit den Zentrumsleuten einließ;
4. daß er ohne Wissen und Willen des Provinzialkomitees die Kandidatur des Pfarrers Abramski anerkannte;
5. daß Herr Koraszewski alle Kräfte daran gesetzt hat, daß die Zentrumsleute unser Wahlkomitee für Schlesien nicht anerkennen sollen;
6. daß Herr A. unser Komitee völlig übergangen und mit dem Zentralkomitee unterhandelt hat;
7. daß die Delegierten des Oppelner Bezirkes in der letzten Komiteeverammlung mit einer Sezession, d. i. mit ihrer Lostrennung von der Machtbefugnis unseres Provinzial-Komitees drohten.

In Anbetracht dessen wagt es Herr Koraszewski noch, in seiner Weise eine Erklärung abzugeben, in ihm angeborener Aufrichtigkeit aber gesteht er selbst sein unkorrektes Verhalten ein und droht dem Komitee mit der Faust. Dieses Verhalten des Herrn Koraszewski, überlassen wir jedem Polen zur Beurteilung. Wir nannten es einen Bruch der nationalen Solidarität, und angesichts der vorerwähnten Tatsachen müssen wir unser Urteil voll und ganz aufrecht erhalten. Wenn die Redakteure überall so vorgehen werden, so wird bei uns die ärgste Anarchie plazgreifen. Schlesien hat keine solche Tradition, wie Großpolen, und deshalb müssen wir alle Kräfte aufbieten, um diese Organisation zu schaffen und auf Schritt und Tritt ihre Bande zu befestigen. Solche Herren jedoch, wie Herr Koraszewski, vernichten diese Bande, sie untergraben das Ansehen des Komitees und schaffen eine völlige Anarchie in Schlesien.

Aus Nr. 71 der Gazeta Katolicka (Königshütte)
vom 20. Juni 1905:

Das Leiborgan Koranty's,

welches man als neue Auflage der ersten Jahrgänge des Gornoslonska ansehen kann, greift in seiner bekannten Weise den Herrn Pfarrer Kapiza aus Tichau an, indem es ihn vor seinen Lesern verleumdet, er habe sich mit den Haktisten und Arbeitgebern gegen das polnische Volk in Oberschlesien verbunden, und, um überdies den Haktisten Material zur Bekämpfung des Herrn Pfarrers Kapiza zu liefern, beschuldigt es ihn, daß er früher „Noch ist Polen nicht verloren“ gesungen habe, daß er sich heute aber zum „Preußen“ bekehrt habe und „Mein Vaterland muß größer sein“ singe. Es ist schade um Zeit und Mühe, in einer Polemik mit dem Polak Worte zu verlieren. Das oberschlesische Volk kennt den

Pfarrer Kapiža und weiß, was es von einem so nichtswürdigen Angriff gegen den verdienstvollen Priester denken soll. Der Herausgeber des Polak hat es sich in den Kopf gesetzt, daß jeder, der nicht „Mein Vaterland muß größer sein“ singe, „Noch ist Polen nicht verloren“ singen müsse, und umgekehrt, wer nicht „Noch ist Polen nicht verloren“ singe, müsse „Mein Vaterland muß größer sein“ singen. Mit dieser Phrase prahlt er als mit einer außerordentlichen Klugheit schon seit vier Jahren, zum ersten Male nämlich prahlte Herr Korfanty damit in der vom Katolik nach Beuthen einberufenen Volksversammlung. Sonderbarerweise versagt seine Erfindungsgabe, wenn er nichts neues ausgedacht hat. Diese abgedroschene Phrase „zieht“ doch wohl nicht mehr. Übrigens sollte der Herausgeber des Polak aus Dankbarkeit, die er seinem Wohltäter bezeugen müßte, den Pfarrer Kapiža mehr achten. Pfarrer Kapiža hatte Korfanty Wohltaten erwiesen, was für welche, das weiß Korfanty am besten. Wenn ihn aber in dieser Hinsicht das Gedächtnis im Stich lassen sollte, wollen wir ihn an diese Wohltaten erinnern. Als Pfarrer Kapiža in der Diaspora Seelsorger und Korfanty in Berlin Student war, bezahlte Pfarrer Kapiža für Herrn Korfanty das Auditoriengeld für sechs Monate, er führte ihn auch bei Herrn v. Koscielski ein, der dann ebenfalls Herrn Korfanty unterstützte. Anstatt also Herrn Pfarrer Kapiža aus Dankbarkeit die Hand zu küssen, vergilt ihm dies Herr Korfanty so, daß er ihn unbilligerweise verleumdet. Unser Sprichwort ist aber wahr: „Undank ist der Welt Lohn.“

Aus Nr. 50 der Gazeta Opolska (Oppeln)

vom 23. Juni 1905:

Aus dem Kreise Groß-Strehlitz

wird uns geschrieben:

Polnische Blätter außerhalb Schlesiens lassen sich viel aus über den wachgerufenen Geist und über die Aufklärung des polnischen Volkes in nationaler Beziehung, und ohne die Verhältnisse näher zu kennen, halten sie die nationale Bewegung in Schlesien für sehr entwickelt. Wie verhält es sich indessen in Wirklichkeit damit? Das Lob, welches uns zu teil wird, betrifft leider nur die spärliche Minderheit unseres Volkes, der Rest lebt in Unwissenheit. Wir Oberschlesier sprechen zwar polnisch, denn unsere Väter haben es uns gelehrt, diese Sprache wird aber durch fremde Bestandteile immer mehr verstümmelt. Viele machen sich aus der Reinheit der Sprache nichts; es scheint ihnen vielmehr, als ob sie dadurch, daß sie die Muttersprache mit möglichst viel deutschen Wörtern vermengen, äußere Bildung zeigen. In den Familien kommen heutzutage solche Absonderlichkeiten vor, daß Väter polnisch sprechen und deutsch kaum verstehen, die Kinder dagegen überwiegend deutsch plappern, worüber sich manche Väter freuen, indem sie die Klugheit der Kinder bewundern. Kommt aber jemand, der dem Äußern nach etwas anständiger aussieht, aufs Land und redet den Dorfbewohner polnisch an, so antwortet ihm dieser deutsch, obgleich sich so mancher schier die Zunge zerbricht. Das ist ein Zeichen nicht nur großer Dummheit, sondern auch eines erbärmlichen Charakters, und unbedingt ist dies auch ein Beweis für den Mangel an religiösem Geiste, denn nicht dazu hat uns Gott erschaffen, daß wir uns selbst der väterlichen Eigentümlichkeiten berauben, nicht dazu hat uns Gott die polnische Sprache verliehen, daß wir diese Gabe verachten und los zu werden suchen. Wer so handelt, der fehlt, selbst wenn ihm fünfzig Germanisatoren sagen würden, dem sei nicht so. Schenket solchen

Fälschern der göttlichen Gebote und der menschlichen Rechte keinen Glauben, denn ein solcher wird dich, wenn du die Deinigen verrätst, in deiner Gegenwart loben, wenn du dich aber umwendest, wird er ausspeien und sagen: „Lump!“ Wenn du deinen heiligen Glauben und deine Nationalität, dieses teuerste Erbe deiner Väter, bewahrst, so wirst du in den Augen der ganzen Welt ein edler und rechtschaffener Mensch sein, denn je mehr unsere Nation bedrückt wird, desto höher wird dich die Welt als Polen schätzen, ja ein rechtschaffener Deutscher wird dich sogar, wenn nicht offen, so doch in seinem Innern bewundern. Von einem Abtrünnigen wird sich früher oder später jedermann abwenden, der Feind aber wird dich, je mehr du ihm willfährst, desto mehr schmähen. Und warum sollen wir unsere Nationalität verheimlichen? Haben wir Polen denn kein Recht, stolz darauf zu sein, daß wir Polen sind? Wer hat Jahrhunderte hindurch das Christentum vor dem Untergang verteidigt, wenn nicht die Polen; wer hielt die Mongolenhorden von Einfällen in das westliche Europa zurück? — die Polen. Wer hat Wien und das deutsche Kaiserreich vom Untergange gerettet? — die Polen. Wer schlug zwanzigmal größere Scharen von Heiden? — die Polen. Zuerst in Polen erhielten die Bauern ihre Freiheit, nämlich bereits während der Regierungszeit des Königs Kasimir des Großen. Das Gerichtsweisen des ehemaligen Polen führten sogar die Franzosen als Beispiel an. Lassen wir unsere Feinde nicht künstlichen Haß in unsere Herzen gegen unsere Brüder in den anderen Landesteilen oder in einer andern Provinz ansähen, denn wir sind Kinder einer Mutter, und wenn wir in Eintracht und Einheit bei Arbeit und Gebet zusammenhalten, dann laßt uns getrost in die Zukunft blicken. Lernen wir von den Fremden das, was uns erspriesslich sein kann. Im preussischen Landesteil laßt uns deutsch lernen, damit wir in diesem Kampfe ums Dasein mit den Deutschen erfolgreich konkurrieren können, die fremde Sprache laßt uns aber nur im Notfalle anwenden; zu Hause aber laßt uns die Muttersprache sprechen. Flößen wir den Kindern den Glauben der Väter und Anhänglichkeit an unsere Nationalität ein, lehren wir die Kinder das Lieben und Achten, was uns selbst am teuersten ist! Lesen wir fleißig polnische Blätter und verbessern wir unsere und unserer Kinder Sprache.

Ein Altpole.

Aus Nr. 73 des Katolik (Beuthen D.-S.)

vom 24. Juni 1905:

Kattowitz.

Die katolische Kattowitzer Ztg. schreibt, daß während der letzten Pfingstfeiertage mehr als **12 000 Polen** in Galizien gewesen seien, und fügt hinzu, daß diese insgesamt etwa 60 000 Mk. in Galizien zurückgelassen hätten. — Möge deswegen die Katt. Ztg. keine Kopfschmerzen haben. Möge sie vielmehr berechnen, wie viel Bier die Deutschen während der Pfingstfeiertage vertilgt haben, oder möge sie etwas Ähnliches berechnen, wenn sie einen so tüchtigen Kopf zum Rechnen hat; in polnische Angelegenheiten aber möge sie sich nicht mischen.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 142 des Dziennik Berlinski (Berlin)

vom 24. Juni 1905:

Beim Delegierten des Fürst-Bischofs.

Gestern Mittag empfing der neue Delegierte des Fürst-Bischofs, Pfarrer Kleineidam, die Deputation

widerlegt worden, welcher die Mitteilung brachte, die Posener Schlachta werde auch fernerhin für Dortmund mit Geldspenden nicht kargen. Augenscheinlich haben sich die Posener Herren vor überaus großen Verlusten sichern wollen und sich deshalb mit der Gründung einer Genossenschaft einverstanden erklärt, damit die Arbeiter für die in Dortmund gemachten Schulden mit ihrem schwer erworbenen Gelde Garantie böten. Im übrigen ist alles beim alten verblieben. Man teilt uns mit, daß in einer am vergangenen Sonntage abgehaltenen Versammlung Herr Jnaż Zniński zum Hauptredakteur des Dortmunder Dziennik gewählt worden sei.

Aus Nr. 137 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 17. Juni 1905:

An die Polen in der Fremde!

In der gegenwärtigen Zeit bedarf der polnische Arbeiter in der Fremde mehr als je der Zusammenhäufung der Kräfte und Arbeit, denn überall gewahren wir, wie man Anstrengungen macht, um die Kräfte der polnischen Arbeiter zu zersplittern, um die Arbeiter zu entzweien und sie in die Netze derjenigen Kreise zu treiben, denen das Schicksal der Arbeiter völlig gleichgültig ist.

Die Kapitalisten bedrücken die polnischen Arbeiter noch mehr als vor dem großen Bergarbeiterstreik, und am liebsten würden sie die Polen überall entlassen, wenn sie nur an ihrer Stelle ebenso tüchtige Arbeiter anderer Nationalität bekommen könnten.

Die Zentrums männer haben im preussischen Abgeordnetenhaus an der Sache der Arbeiter Verrat geübt, um der Regierung zu gefallen und zugleich mit den Hafatisten für das antipolnische und Antiarbeitergesetz gestimmt, welches vorschreibt, daß niemand Mitglied eines Arbeiterausschusses sein könne, der nicht in der Lage sich befindet, die deutsche Sprache genügend zu beherrschen.

Leider kann der polnische Arbeiter in der Fremde inmitten der fortwährenden Bedrückungen und Verfolgungen seitens der Feinde, welche danach trachten, das polnische Volk zu unterdrücken, immer noch nicht auf die Unterstützung der anderen Stände der Gesamtheit rechnen.

Vor kurzem hat der Goniec Wielkopolski einen unserer Abgeordneten für die Verteidigung des polnischen Arbeiters mit den Sozialdemokraten verglichen und den Wunsch geäußert, es möchten doch solche Abgeordnete der polnischen Fraktion nicht angehören.

Der Postemp spottet über die Beschlüsse des polnischen Volkes in der Fremde, und trotz aller in der Fremde und in Schlesien gemachten Erfahrungen, die jedem den eigentlichen Charakter des Zentrums gezeigt haben, verteidigt der Postemp die Zentrums männer und heißt die Polen, bei den Wahlen in der Fremde ihre Stimme den Feinden des polnischen Volkes geben.

Herr von Koscielski und Genossen haben, um die Polen in der Fremde unter ihre Herrschaft zu bekommen, 20tausend Mark geopfert und verkündigt, daß sie das aus Zuneigung für den polnischen Arbeiter getan hätten. Diese vermeintliche „Zuneigung“ hat sich jedoch in dem allgeringsten Lichte gezeigt, als der Bergarbeiterstreik ausgebrochen war. Derjenige, dem die 20tausend Mark gegeben wurden, hat die bis jetzt für die Streikenden gesammelten 300 Mark den polnischen Arbeitern nicht ausgezahlt, sondern er hat, die ihm übersandte Unterstützung einbehaltend, den Kapitalisten bei der Bedrückung der streikenden Arbeiter geholfen.

Wir zweifeln daran, ob irgend ein Stand so viele Feinde besitzt, wie der polnische Arbeiter in der Fremde.

Die polnischen Arbeiter sollten ihre Lage wohl bedenken und alle Kräfte daran setzen, um die Pläne der Feinde zu durchkreuzen. Die polnischen Arbeiter sollten sich in Einigkeit zusammenscharen unter eine Fahne, unter ein Programm.

Die Interessen der polnischen Arbeiter in der Fremde werden von W. P. aufrichtig verteidigt, welcher das Bindemittel werden sollte für alle polnischen Arbeiter in der ganzen Fremde.

Mögen daher die Polen in der Fremde aus den Vorkommnissen der letzten Woche entsprechende Lehren ziehen und darum bemüht sein, daß der W. P., der die polnischen Arbeiter mit voller Energie verteidigt, in jedem polnischen Hause in der Fremde zu finden wäre.

Wenn wir ein wahrhaft arbeitsfreundliches Blatt lesen und unterstützen, dann wird uns alle ein Gedanke beseelen und bei dieser Sinnesgleichheit werden die Polen in der Fremde alle gegen sie geführten Schläge abweisen.

Aus Nr. 137 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 17. Juni 1905:

Herr Anton Brejski

hat das Amt des Schriftführers in dem Verein Samopomoc kupców i przemysłowców (Selbsthilfsverein der Kaufleute und Handwerker) niedergelegt.

Aus Nr. 144 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 27. Juni 1905:

Herne.

Die Polizei bereitet dem Gesangsverein „Cäcilia“ in Sachen des Sängertages, welcher am 2. Juli stattfinden sollte, Schwierigkeiten; dieser Sängertag mußte auf eine spätere Zeit verschoben werden. Der arme deutsche Michel fürchtet sich wohl, vom polnischen Gesang betäubt zu werden. Derartige Schwierigkeiten sollten ein Ansporn für unsere Sänger sein, das polnische Lied mit doppelter Energie zu pflegen.

Ehre dem polnischen Liede!

Ein Sänger.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 50 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz)
vom 28. Juni 1905:

B e r i c h t

über die Konferenz der rheinisch-westfälischen P. P. S. polnisch-sozialdemokratischen Partei.

In Herne fand die zweite Konferenz der rheinisch-westfälischen P. P. S. statt. In dem schön dekorierten Saale des Herrn Krey versammelten sich 18 Delegierte und 4 Mitglieder des Komitees der rheinisch-westfälischen P. P. S. Genosse Bielawski eröffnete um 2 Uhr Nachmittags die Konferenz und begrüßte im Namen der Herne'er Genossen die Delegierten und Gäste. Es wurden berufen: Genosse Tuszynski-Bottrop als erster Vorsitzender, Genosse Koryan-Baufau als zweiter Vorsitzender, Genosse Jozefacki als erster Schriftführer und Genosse Stachowiak als zweiter Schriftführer. Der Polizeibeamte forderte, daß die

Frauen den Saal bis drei Uhr verlassen sollen, weil eine Andacht in der Kirche abgehalten werde. Hiergegen protestierten die Genossen Tuszynski, Bielawski und Bielinski, in dem sie erklärten, die Vorschriften besagten, daß nur hohe Feiertage zu respektieren seien. Trotzdem bestand der Beamte auf seiner Forderung und wollte die Konferenz auflösen. Der Vorsitzende Tuszynski bat die Frauen, sich auf eine Stunde in den Garten zu begeben. In die Mandatskommission wurden die Genossen Bielawski und Bielinski gewählt. Die Tagesordnung wurde wie folgt angenommen:

1. Bericht des Agitationskomitees und Kassenbericht.
2. Bericht der einzelnen Delegierten.
3. Bericht über den Verlauf des in Kattowitz abgehaltenen VIII. Partei-Kongresses.
4. Anträge.
5. Wahl des Komitees.

Zu Punkt 1 ergriff Genosse Tuszynski das Wort und bemerkte, daß sie sich allzugroßer Fortschritte nicht rühmen könnten. Der polnische Arbeiter sei wenig aufgeklärt und lese auch wenig die Arbeiter-Zeitungen, es interessierten ihn die Schmierblätter mehr, welche falsche Nachrichten über den Sozialismus veröffentlichen. Der zweite Grund für den langsamen Fortschritt in der Agitation sei darin zu suchen, daß sich das Komitee aus wenig erfahrenen Leuten zusammensetze. Manche Genossen des Komitees besaßen sich nach den Wahlen überhaupt nicht mit der Agitation und erfüllten die übernommenen Pflichten überhaupt nicht. Über die ihnen zugesandten Beitragslisten und Broschüren hätten sie überhaupt keine Abrechnung gemacht. Die Nichterfüllung der Pflichten erschwere sehr die Berichterstattung. Das Komitee verbreitete 200 anti-alkoholische Broschüren. Es seien neun Versammlungen abgehalten worden, zwei in Wanne, drei in Herne, drei in Oberhausen und eine in Vorbeck. Die Gazeta Robotnicza werde fast in derselben Zahl von Exemplaren gehalten wie im Vorjahre. Sie wollen die Hoffnung hegen, daß, wenn die durch den Parteikongreß beschlossenen Anteile auf die Zeitung durchgeführt werden und die Zeitung täglich erscheinen werde, dann sie hier auf eine große Verbreitung der Zeitung würden rechnen können. Das Komitee selbst könne auch nicht alles machen, wenn die Genossen es bei der Agitationsarbeit nicht unterstützten. Sie hätten einen bedeutenden Kassenumsatz; die Einnahmen seien erhebliche, doch die Ausgaben überstiegen diese. Hierauf erstattete Genosse Bielinski den Kassenbericht, welchen wir in Nr. 44 der Gazeta Robotnicza veröffentlichen.

Im Namen des Revisionskomitees erklärte Genosse Jozefacki, daß der Kassenbestand sich in musterhafter Ordnung befinde. In seinen weiteren Ausführungen kritisierte Genosse Jozefacki das Komitee, daß es ohne Verständigung mit dem Bergarbeiterverbande während des Streiks im Ruhrgebiete eine Referentin habe kommen lassen, welche einige Tage unnütz verschwendet habe und keine Versammlung abhalten konnte. Unter den Bergarbeiterverbänden wurde ein Bündnis geschlossen, auf Grund dessen keine politische Partei sich in die örtlichen Verhältnisse mischen sollte, und wenn ein Mitglied des Komitees sich an den Verband gewandt hätte, so hätte dies vermieden werden können. Ferner seien zu dem Parteikongreß in Kattowitz drei Delegierte entsandt worden, trotzdem in der letzten Konferenz beschlossen worden sei, nur einen Delegierten zu entsenden.

Auf die Vorwürfe, welche seitens des Genossen Jozefacki gemacht wurden, erwiderte Genosse Tuszynski. In der letzten Konferenz sei beschlossen worden, einen Delegierten zu entsenden, doch der Streit mit der deutschen Partei und das nicht taktvolle Verhalten unseres früheren Vorstandes habe sie zur Entsendung

von drei Delegierten gezwungen. Darauf erstattete Genosse Bielinski den Bericht über die Mandatskommission: Anwesend sind 18 Delegierten und vier Mitglieder des rheinisch-westfälischen Komitees. Die Delegierten vertreten die nachstehenden Orte: Baulan 2 Delegierte, Styrum 1, Oberhausen 1, Alftaden 2, Essen 1, Lüttich 1, Bottrop 1, Boyer 1, Bochum 1, Rümke 1, Bruch 2, Herne 2. Hierauf wurde zur Diskussion über den Punkt 1 der Tagesordnung geschritten.

Genosse Zielinski: über unsere Fortschritte können wir zufrieden sein. Wir hatten über 400 Mk. Kassenumsatz. Für das erste Jahr ist dies ziemlich viel, auf einmal kann man nicht alles erreichen. Wir wollen die Hoffnung hegen, daß sich unsere Bewegung in Kürze verdreifachen wird. Genosse Prudto stellte die Frage, weshalb das Komitee Redner bis aus Kattowitz kommen lasse, am Orte seien genug Kameraden vorhanden, welche sicherlich gern ein Referat übernehmen würden. Die Genossen Bielawski, Koryan und Bielinski machten dem Komitee den Vorwurf, daß es sich mit der Agitation zu wenig befaßt, und die Agitation an manchen Orten vernachlässigt habe.

Aus Nr. 49 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz)

vom 24. Juni 1905:

Die Organisationen in Oberschlesien

machen große Fortschritte. Die aufgeklärten Arbeiter sind sehr rührig, um ihre Existenz aufzubessern. In der letzten Zeit hörten wir viel davon, daß hier die Maurer, dort die Zimmerleute und andere Kategorien von Arbeitern in den Streik getreten sind, um ihre traurige Lage aufzubessern. Die Erfolge der Streiks sind verschieden. Die Arbeitgeber sind an derartige Erscheinungen nicht gewöhnt und machen den Arbeitern ungern Zugeständnisse. Sie haben auf ihrer Seite die Polizei, den Klerus und ganze Massen des unaufgeklärten Arbeitervolkes. Trotz alledem erreichen die Arbeiter teilweise Zugeständnisse und sammeln ihre Kräfte, um erneut mit neuen Forderungen hervorzutreten. In der letzten Zeit haben wir gelesen, daß in Zabrze die Maurer in den Streik getreten sind. Heute streiken die Maurer in Rybnik, morgen bricht vielleicht schon ein Maurerstreik in Gleiwitz aus. Die Maurer beabsichtigen in ganz Schlesien den Kampf mit den Arbeitgebern aufzunehmen. Wir organisierten Arbeiter sehen mit angehaltenem Atem auf den Ausgang des Kampfes, welcher bei uns geführt wird. Der Sieg der Maurer wird auch für andere Kategorien der Arbeiterorganisationen die Veranlassung sein, um einen Kampf aufzunehmen. Der Sieg der Maurer wird ein materieller Sieg für andere Berufe nicht sein, denn die Maurer können weder den Bergarbeitern noch den Hüttenarbeitern ihre Lage verbessern. Die Maurerarbeiter werden den in den Gruben und in den Hütten beschäftigten Arbeitern nur ein Beispiel geben und auf diese Weise können die Arbeiter aus dem Maurerstreik eine Lehre ziehen; die günstige Beendigung des Streiks für die Maurer wird ein moralischer Sieg für alle Arbeiter sein.

Aus Nr. 48 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz)

vom 21. Juli 1905:

Korfaudy als Arbeitgeber.

Fast vor einem Jahre veröffentlichten wir in der Gazeta Robotnicza (Nr. 57 vom 20. Juli 1904) einen

Artikel mit der Überschrift: „Ich bin Arbeitgeber! — Ich befehle.“ Es war dies während des vorjährigen Maurerstreiks in Kattowitz. Gleichzeitig wurde auch auf dem Bau des Gornoslonzak gestreift. Die Maurer forderten den rückständigen Arbeitslohn, der Redakteur des Gornoslonzak Herr Piechulek aber antwortete: „Wer aufhören will, der wird nicht bezahlt bekommen, und kann mich verklagen.“ Als die Maurer dagegen Einsprucherhoben, erklärte der Redakteur des Gornoslonzak: „Ich bin der Brotgeber, ich kann mit meinen Arbeitern machen, was ich will.“

Der Redakteur des Gornoslonzak stellte sich also auf einen rein herrischen Standpunkt. Nach Veröffentlichung unseres Artikels stellte Herr Piechulek alles in Abrede und erklärte im Gornoslonzak, die ganze Sache werde vor dem Gerichte aufgeklärt werden, denn er werde den verantwortlichen Redakteur unseres Blattes (Genossen Haase) wegen Beleidigung verklagen.

Diese Klage erwartet Genosse Haase bis heute; die gerichtliche Aufklärung, die damals für den Herrn Redakteur des Gornoslonzak sehr unangenehm gewesen wäre, ist bis jetzt nicht erfolgt.

* * *

Währenddessen ist Herr Korfanty aus der Redaktion des Gornoslonzak ausgetreten, weil ihn die Eigentümer dieses Blattes nicht als Kompagnon aufnehmen wollten. Korfanty gründete ein eigenes Blatt und eine eigene Druckerei. Und nun erfahren wir über die Verhältnisse in der Druckerei des Herrn Korfanty aus Buchdruckerkreisen folgendes:

Herr Korfanty tritt im Reichstage manchmal gegen die Gruben- und Hüttenkapitalisten auf. Welches sind aber die Verhältnisse in der Druckerei, deren Eigentümer Herr Korfanty ist, in der Druckerei des Polak? Ein Setzer, den Herr Korfanty in seiner Druckerei beschäftigen wollte, ließ ihm sagen, er werde nicht kommen, denn er kenne ihn noch aus den Zeiten, wo er Redakteur war. In diesen Tagen machte ein Setzer überstunden, die von ihm nicht verlangt wurden. Einer der Kollegen machte den Setzer darauf aufmerksam, daß in diesem Falle überstunden nicht notwendig seien. Bei der Löhnung sagte Herr Korfanty zu diesem Setzer: „In meinem Geschäft gebiete ich, und nicht der Buchdrucker-Verband.“ Wie fielen doch einem die an die im Vorjahre streikenden Maurer gerichteten Worte des Redakteurs Piechulek ein!

In diesen Tagen werden die organisierten Buchdrucker an Herrn Korfanty die offizielle Anfrage richten, ob er den Buchdruckerarif unterzeichnen wolle.

Herr Korfanty „gebietet“ in seinem Geschäft, und nicht der Arbeiterverband.

Ebenso denken und sprechen die deutschen Balleistrens, Donnermarcks usw., ebenso die polnischen Radziwills, Mielzynskis und Skarzynskis, die politischen Kollegen des Herrn Korfanty.

* * *

Hierauf entgegnete Korfanty in Nr. 27 des Polak vom 27. Juni d. J. was folgt:

In dem angezogenen Falle handelt es sich um den Setzer Alois Rudzki. Dieser Setzer, der sogar dem „Sokol“ angehört, befand sich längere Zeit ohne Beschäftigung. Er meldete sich mehrere Male bei mir und bat um Beschäftigung. Ich nahm ihn schließlich deshalb an, weil er Pole und Mitglied des „Sokol“ ist, wiewohl mich vor ihm Herr Siegmund Marweg aus Bentzen warnte, den er bei der Polizei denunziert hatte, wie mir Herr Siegmund Marweg erzählte. Dessen ungeachtet gab ich ihm Arbeit, indem ich ihm

empfohl, sich anderswo um eine feste Stelle umzusehen, weil ich einen Gehilfen benötige, der zugleich Setzer und Maschinist ist, ich aber nicht mehr als drei Leute beschäftigen könne. Außer Herrn Rudzki hatte ich zwei Setzer, die ich mir aus weiter Ferne kommen ließ und die ich deshalb auf lange Zeit engagierte.

Als ich mir einen Setzer-Maschinisten besorgt hatte, mußte ich Herrn Rudzki entlassen, weil ich für 4 Setzer keine Beschäftigung habe. Herr Rudzki ging dann in die sozialdemokratische Gazeta Robotnicza, wo er ebenfalls keine ständige Beschäftigung fand. Als einer meiner Setzer seine Stellung aufgab und auf den Wunsch seiner Mutter nach Posen zurückkehrte, schlug ich Herrn Rudzki vor, bei mir Arbeit zu übernehmen, wenn er fleißig sein und sich anständig betragen werde. Wie mir jedoch der Druckereiverwalter mitteilt, verspätete sich Herr Rudzki zur Arbeit, weshalb jener ihm einen Austritt machte, und zwar meines Erachtens ganz mit Recht. Mit den Setzern lebt Herr Rudzki in ewiger Zwietracht. Inzueinem wiegelt er meine Lehrlinge auf, meine Druckerei zu verlassen. Mein gutes Herz belohnte er durch Verunglimpfung meines guten Rufes in einer Versammlung des Verbandes und in der sozialdemokratischen Zeitung.

Die Arbeitsverhältnisse in meiner Druckerei entsprechen vollkommen den Anforderungen der Tarifgemeinschaft im deutschen Buchdruckergerwerbe. Ich beschäftige drei Setzer und habe einen Setzerlehrling außer dem Lehrling bei der Maschine.

Die Arbeitszeit beträgt bei mir genau 9 Stunden, wie der Tarif vorschreibt. Die Arbeitspausen sind gewissenhaft nach den Anforderungen des Tarifs geregelt.

Den Setzern zahle ich so, wie es der Tarif verlangt. Außerdem zahle ich für die arbeitsamen und längere Zeit bei mir beschäftigten Setzer den ganzen Krankentassen-Beitrag sowie die Invaliditäts- und Altersversicherungsmarken, ohne ihnen den auf sie entfallenden Teil abzuziehen.

Natürlich zahle ich nicht für diejenigen, die die Stelle nicht lange innehaben, ebenso bezahle ich für Herrn Rudzki weder den ganzen Krankentassen-Beitrag noch Versicherungsmarken, denn er verdient es nicht. Mit meinen Mitarbeitern lebe ich in vollkommener Eintracht.

Ich habe nicht gesagt: In meinem Geschäft gebiete ich, und nicht der Buchdrucker-Verband, sondern ich sagte zu Herrn Rudzki: „In meinem Geschäft gebiete ich, und nicht Sie“. Daß ich so gesagt, gab Herr Rudzki in Gegenwart von Zeugen selbst zu. Heute lud ich freiwillig eine Kommission des Buchdruckerverbandes zu mir ein, daß sie die in meiner Druckerei herrschenden Arbeitsverhältnisse feststelle. Das Protokoll dieser „Untersuchung“ werde ich in der nächsten Nummer veröffentlichen.

Den Tarif habe ich längst anerkannt, denn ich habe die Arbeitsverhältnisse nach dessen Anforderungen gleich von Anfang eingerichtet, obgleich niemand zu mir gekommen war.

Die Gazeta Robotnicza täte besser, wenn sie für menschliche Zustände in ihrer Druckerei sorgen wollte, denn s. Zt. beschäftigte sie einen Menschen, der für die Redakteure verantwortlich sein, Gefängnisstrafen absitzen und überdies noch die Kurbel der Druckereimaschine drehen mußte, und dafür erhielt er täglich eine ganze Mark, wie man sich in Kattowitz erzählt.

Adalbert Korfanty.

Aus Nr. 49 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz)
vom 24. Juni 1905:

Zabrze.

Die Zabrzer Polizei ist nicht untätig — besonders während der Wahlzeit nicht. Die Zabrzer Genossen haben noch nicht den für Zabrze denkwürdigen Tag, den 25. Juni 1903 vergessen, als die Stichwahlen in unserem Bezirke stattgefunden haben. Wieviele unschuldige Leute wurden damals von manchen Zabrzer Polizeibeamten verletzt. Und dieselben Leute wurden unschuldig in das Untersuchungsgefängnis gesteckt, bis sie das Gleiwitzer Gericht sämtlich freisprach, außer einem der Angeklagten, welcher zu 6 Wochen verurteilt wurde. Bei Gericht stellte es sich auch heraus, wie die Davonlaufenden überfallen wurden, wie mit den Säbeln auf die in die Nebenstraßen flüchtenden Leute eingehauen, wie ein Mann, welcher bereits auf der Erde lag, mit Füßen getreten wurde, wie Leute verletzt wurden, die zufällig vorübergingen. Und dies alles geschah deshalb, weil Leute, welche das Wahlergebnis erwarteten, als sie das Wahlergebnis erfuhren „hoch“ riefen und sich nicht gleich auf die Aufforderung der Polizeibeamten entfernten.

Der Berliner Prozeß gegen den Vorwärts brachte aber noch eine außerordentlich interessante Sache zum Vorschein, welche mit den blutigen Verhältnissen des 23. Juni 1903 in Verbindung stand. Der Zabrzer Polizeibeamte Wiemczyk suchte — um die „Schuldigen“ zu finden — die Wohnungen gewisser Zabrzer Ärzte auf, um auf diese Weise zu erfahren, wer von den Polizeibeamten verletzt wurde. Bei Gericht in Berlin stellte der Rechtsanwalt Liebknecht entrüstet an den Zeugen Wiemczyk die Frage, ob er nicht den § 300 des deutschen Strafgesetzbuches kenne. Auf diese Frage antwortete Wiemczyk nicht. Dieser Paragraph besagt, daß Ärzte, wenn sie unbefugt das Geheimnis des Patienten verraten, mit 1500 Mk. Geldstrafe oder drei Monaten Gefängnis bestraft werden. Das Schweigen des Wiemczyk war sehr bezeichnend. Und jetzt beginnt wiederum die Wahlagitation. In diesen Tagen mietete sich Genosse Haase eine Wohnung in Zabrze. Am Samstag Abend meldete sich Genosse Haase bei dem Gemeindevorsteheramte. Am Sonntag früh gegen 7 Uhr erschien schon ein Mann bei den Nachbarn des H. und begann sich über die Verhältnisse unseres Genossen zu erkundigen.

Um 8 $\frac{1}{2}$ Uhr Vormittags stellte sich wiederum ein Mann mit einem schwarzen Schnurrbart und einem Strohhut gegenüber dem Hause auf, in welchem unser Genosse Haase wohnt. Vorher sprach dieser Mann mit dem Besitzer des Hauses. Nach einer Weile näherte sich jenem Manne ein Polizeibeamter in Uniform. Den Vormittag über standen sie beide ununterbrochen entweder zusammen oder einzeln dort. Gegen 1 Uhr verließ Genosse Haase das Haus. Der Polizeibeamte Nr. 10, welcher an der Ecke postierte, verließ sofort seinen Posten und verfolgte dieselbe Richtung wie unser Genosse. H. ging nach der Dorocka ulice (?) (Dorotheenstr.) — der Polizeibeamte ebenfalls.

H. kehrte um, der Polizeibeamte gleichfalls. Haase begann nun auf der Wallstraße, Schechesträße, Friedrichstraße, Kaiser Wilhelmstraße usw. zu spazieren. Der Polizeibeamte hinter ihm her. Haase ging manche Straße fünfmal hin und zurück. Der Polizeibeamte immer ebenso. An der Kaiser Wilhelmstraße bemerkte der Polizeibeamte jenen Mann, welcher Vormittags vor dem Hause stand, in welchem Genosse Haase wohnt.

Der Polizeibeamte rief jenen Mann, indem er mit der Hand winkte, an sich heran — und entfernte sich alsdann nach einer kurzen Unterredung. Jetzt folgte ein weiterer Spaziergang. Genosse Haase ging mehrere Straßen auf und ab, nach rechts und nach links. Der Mann mit dem schwarzen Schnurrbart führte aber merkwürdiger Weise dieselben Bewegungen aus. Endlich begab sich Genosse Haase in ein Café am Bahnhofe. Der Mann mit dem schwarzen Schnurrbart aber erschien dort nach wenigen Minuten ebenfalls.

Nach kurzer Zeit stand Genosse Haase auf, ging an eine Droschke heran und gab eine Adresse an, bei der aber die Neugierigsten nichts Interessantes finden würden. Der Mann mit dem schwarzen Schnurrbart trat ebenfalls an eine Droschke heran, — der Droschkenfutcher begrüßte ihn als „Herr Wachmeister“ — und befahl ebenfalls zu fahren. Sofort bemerkte Genosse Haase, daß die zweite Droschke hinter ihm herfährt — und es saß in ihr der Mann, welchen der Droschkenfutcher als „Herr Wachmeister“ angeredet hatte. Auf der Dorotheensträße ließ Genosse Haase dem Droschkenfutcher um die Ecke fahren — der „Herr Wachmeister“ sprang nun sofort aus seiner Droschke heraus und sah nach der ersten Droschke hin, ob der streng Beobachtete ihm auch nicht entkommen sei. Daraufhin springt der „Herr Wachmeister“ wiederum in seine Droschke — und fährt weiter. Genosse Haase kam in aller Ruhe in seiner Wohnung an — was aber mit dem Herrn aus der zweiten Droschke geschehen ist, ist uns nicht bekannt. Aber am Montag und Dienstag erzählte man sich auf den Straßen, daß vor dem Hause Schechepplatz 3 — in welchem Haase wohnt — wiederum längere Zeit hindurch ein kräftiger Mann mit einem schwarzen Schnurrbarte gestanden habe, am Dienstag soll er schon früh um 5 Uhr dort gewesen sein.

Genosse Haase sandte schon am Sonntag Abend eine längere Beschwerde an den Zabrzer Landrat ab, in der er erklärte, daß er sich nicht unter polizeilicher Aufsicht befinde und gegen eine solche Beobachtung energisch protestiere. Unser Genosse forderte von dem Landrat, daß er den Namen des Mannes der anderen Droschke feststellen lassen solle, und daß er ferner feststellen lassen möge, wer den Beamten einen solchen Auftrag erteilt hat — daß er die Person entsprechend bestrafe und die Polizeibeamten unterrichten lasse, was ihnen gestattet sei, und was nicht.

Wir sind neugierig, wie sich die Verhältnisse weiter gestalten werden. Mögen aber die Herren, welche den Auftrag erteilt haben, unseren Genossen zu beobachten, nicht denken, daß sie auf diese Weise etwas erreichen werden. Die sozialdemokratische Wahlagitation wird entschieden und energisch durchgeführt werden, — ohne Rücksicht darauf, was der Zabrzer Polizei gefällt. Jedes ungesetzliche Verfahren der Polizei werden wir öffentlich brandmarken und genau notieren, um gegen die Gültigkeit der Wahlen Protest zu erheben.

Jedem ist es gestattet, nach seinem eigenen Gewissen zu wählen, jedem ist es gestattet, für einen sozialdemokratischen Kandidaten zu agitieren! Dieses Recht lassen wir uns nicht nehmen und auch nicht beschränken.

Zabrzer Genossen! Agitiert für unseren Kandidaten, Genossen Morawski! Belehret die Unaufgeklärten.

Macht diejenigen bewußt, welche sich dem Sozialismus gegenüber gleichgültig verhalten. An die Arbeit, Genossen! Agitiert wo es irgend möglich ist!

Dem Sekretär der obererschleischen Kapitalisten, Herrn Volk, wird wohl kein Arbeiter die Stimme

geben. Kein Zentrumsmann, auch nicht Korfanty, der Freund und Bundesgenosse der polnischen Magnaten und Herren — kann unser Abgeordneter sein. Agitieren wir also, was in unseren Kräften liegt, damit der Kandidat der Arbeiter, unser Genosse Morawski, den Sieg davonträgt. Seit Mittwoch hat die Beobachtung des Genossen Haase vollständig aufgehört. Vor dem Hause ist keine neugierige Person mehr zu sehen.

Wir freuen uns über diesen Beschluß ungemein, denn von der Gazeta Gornicza, die jedes Verbandsmitglied unentgeltlich bezieht, hängt in hohem Maße die Aufklärung und Bildung des Bergmanns ab. Es kommt jetzt darauf an, daß das vergrößerte Blatt auch gut redigiert wird. Wir wollen die bisherige Redaktion nicht kritisieren, wir hoffen aber natürlich, daß bei der Vergrößerung des Organs des Bergarbeiterverbandes nicht nur die Menge des Papiers, sondern auch der Inhalt des Blattes einen größeren Wert haben wird.

Aus Nr. 49 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz)

vom 24. Juni 1905:

Die „Gazeta Górnicza“

(Bergarbeiter-Zeitung)

war unter anderen Gegenstand der Diskussion in der Hauptversammlung des Bergarbeiterverbandes. Bekanntlich gibt der Verband für die polnischen Mitglieder unentgeltlich ein eigenes polnisches Organ heraus. Anfangs wurde die Gazeta Gornicza auf eine Seite des Verbands-Hauptorgans „Bergarbeiter-Zeitung“ gedruckt, und jedes polnische Verbandsmitglied erhielt gleichzeitig mit der polnischen auch die deutsche Fachzeitung. Dieses Mittel erwies sich als unpraktisch, denn wenn es einerseits auch vorkam, daß manche Polen von dem deutschen Blatte Gebrauch machten, nahm andererseits der polnische Text den deutschen Verbandsmitgliedern unnötigerweise Platz ein. Das war auch der Grund, daß die Gazeta Gornicza vor mehreren Monaten besonders zu erscheinen begann, und zwar in kleinem Format eines halben Druckbogens. In Oberschlesien blieb jedoch der Brauch bestehen, daß den polnischen Mitgliedern außer dem polnischen auch das deutsche Blatt verabfolgt wurde. In den letzten Zeiten aber hörte dieser Brauch auf.

Das kleine Blättchen informiert aber die Verbandsmitglieder nicht genügend, und es wurde Klage darüber geführt. Die Art und Weise des Redigierens gefällt den Lesern nicht.

In der Hauptversammlung beklagte sich Genosse Szoltysek (Beuthen) darüber, daß trotz des Auftrags der vorjährigen Beschlüsse die Redaktion Korrespondenzen aus Oberschlesien weder in dem polnischen, noch in dem deutschen Organe aufgenommen hat. Genosse Szoltysek hält dafür, daß man erst dann, wenn das polnische Blatt in dem gleichen Formate, wie das deutsche erscheinen wird, keine doppelten Exemplare werde zu verteilen brauchen.

Genosse Bruns (Herne) erklärt sich ebenfalls für die Vergrößerung der Gazeta Gornicza und ist gegen die Verteilung von Blättern in zwei Sprachen an die Mitglieder.

Genosse Idzinski (Kattowitz) tritt dafür ein, daß die Gazeta Gornicza nach Kattowitz verlegt werden müsse. Das wäre nicht nur ein zielbewußter, sondern auch leicht durchführbarer Schritt. Der Vorstand klagt über Mangel an Redakteuren. Auch diese Frage sei nicht so schwierig zu lösen. Wenn man nur ernstlich suchen wollte, so würde man schon einen geeigneten Mann finden.

Genosse Bias (Bielichowitz) führt den Nachweis, daß man zu Gunsten des Verbandes in Oberschlesien mehr agitieren müsse, und hierzu werde die Vergrößerung des Blattes sehr viel beitragen.

Bei der Abstimmung fand folgender Antrag Aufnahme: „Die Gazeta Gornicza soll in doppeltem Format herausgegeben und mit besseren Lettern gedruckt werden. Ein Verbandsmitglied kann unentgeltlich nur ein Blatt, das polnische oder das deutsche erhalten.“

Aus Nr. 138 der Nowa Reforma (Straßau)

vom 18. Juni 1905:

Posen, den 16. Juni 1905.

**Gründung des Vereins „Straz“ (Die Wacht)
und dessen erste Volksversammlung. —
Wahlen in dem Thorner Wahlkreise. —
Kompromiß in dem Wahlbezirk Oppeln.**

Schon vor zehn Jahren, unmittelbar nach der Gründung der deutschen Kampforganisation, allgemein unter dem Namen „Kampfverein“ bekannt,

bieten, in unserer Gesamttätigkeit eine derartige Energie noch fehlt.

Gegentwärtig z. B. sind wir auf dem besten Wege, zwei mit großer Mühe während der letzten Reichstagswahlen eroberte Wahlkreise, nämlich in Ratowitz, Schlesien, und in Thorn, Westpreußen, zu verlieren. Über den ersteren wurde bereits viel geschrieben, dort droht wieder die Sezession des Katolik, in dem zweiten rief der bisherige Abgeordnete, der Redakteur der Gazeta Torunska, Brejski, eine unnötige Verwirrung hervor. Er erklärte, seine materiellen Mittel erlaubten ihm nicht, ein Mandat für den Reichstag anzunehmen, dessen Mitglieder bekanntlich keine Diäten erhielten, oder die Kosten für die Wahlagitator zu tragen. Hätte er sich darauf beschränkt, wäre sicherlich alles glatt und günstig abgelaufen, Brejski machte aber überdies verschiedenen gesellschaftlichen und bürgerlichen Kreisen den Vorwurf, daß sie ihm abgeneigt wären und ihm bei einer Wiederwahl die Unterstützung versagen würden. Der ehemalige Thorner Abgeordnete scheint zu vergessen, daß jeder Politiker auch seine Feinde hat, daß ihn dies jedoch von dem Nationaldienste nicht abschrecken dürfte. Indes erzielte er den Erfolg, daß in dem Wahlkreise Thorn ein kleiner Bürgerkrieg entstand, welcher bereits zur Auflösung einer Wahlversammlung führte. Und wenn dort im letzten Augenblick noch keine Einigkeit eintritt, so wird dieser Wahlkreis sicherlich bei den Wahlen uns verloren gehen, denn die Polen besitzen dort nur eine geringe Mehrheit.

Eine ungünstige Wendung nahm auch die Ergänzungswahl in dem Oppelner Wahlkreise, in Schlesien. Dort hatten wir zwar noch keinen Reichs- oder Landtagskandidaten und auch jetzt würde es schwer fallen, einen polnischen Kandidaten durchzubringen, weil der Landtagsabgeordnete noch von denselben Wählern gewählt wird, welche vor zwei Jahren bei den Urwahlen unter der Zentrumsfahne gewählt wurden. Aber auch dort hätten die polnischen Wähler auf den nationalen Weg gebracht und der Rest der Zentrumsfesseln zerrissen werden müssen. Der Redakteur der Gazeta Opolska, Koraszewski, ließ sich jedoch wieder in Kompromisse ein, deren Ergebnis die Aufstellung der Kandidatur des Geistlichen Abramski, eines Zentrumsmannes war. Es ist zu bedauern, daß das Provinzialwahlkomitee für Schlesien des „lieben Friedens wegen“ damit einverstanden erklärt hatte. Wenn wir dort so weiter handeln werden, wird dieser Landesteil auch nach 20 Jahren noch für uns „unsicher“ sein.

Aus Nr. 274 des Słowo Polskie (Lemberg)

vom 14. Juni 1905:

Vor den Wahlen in Preußen.

Bei der Schilderung seiner Stellung der Kandidatur Korfants gegenüber lieferte der Katolik noch einmal den Beweis dafür, daß seitdem das redaktionelle und politische Monopol des Einflusses in Oberschlesien seinen Händen entschlüpft ist, er jegliche sittliche Zurechnungsfähigkeit eingebüßt hat und aus dem einst um die nationale Sache verdienstvollen Blatte der schlimmste nationale Gegner geworden ist.

Trotzdem aber muß der Katolik über einen bedeutenden Einfluß in dem Wahlkomitee verfügen, wenn sich dieses nach der Veröffentlichung der Kandidatur Korfants in ein vollständiges Schweigen hüllt. Bis jetzt ist nirgends ein Wahlauftrag erlassen

worden, man beschränkte sich auf trockene Mitteilungen. Wenn das Komitee noch weiter so „energisch“ sich um die Wahlen bekümmern sollte, so werden wir schöne Erfolge erleben.

Sicherlich haben wir auf den gesunden Instinkt des schlesischen Volkes zu rechnen, wir dürfen hoffen, daß, wenn der Kampf entbrennt, es sich einmütig um seinen Abgeordneten scharen und nicht zulassen wird, daß der Sozialdemokrat oder Zentrumsmann triumphiere. Wir dürfen jedoch nicht, lediglich auf den gesunden Instinkt des Volkes bauend, ruhig den Verlauf der Dinge in Oberschlesien abwarten.

Die öffentliche patriotische Meinung müßte in allen drei Teilungsmächten beizeiten in dieser Sache das Wort ergreifen und diejenigen zur Besinnung bringen, welche sich in ihren persönlichen oder Parteihader dermaßen verrannt haben, daß sie das Bewußtsein der nationalen Pflicht verloren haben. Das zu Unrecht von den Sakatisten und dem Zentrum als unwillig erklärte Mandat Korsant's müßte wieder in seine Hand gelangen, das erheischt unsere Nationalwürde und die Zukunft unserer nationalen Sache in Oberschlesien. Uns geht es nicht darum, „unsern Mann“ zu retten; es handelt sich um die Rettung der nationalen Bewegung, welche schon vor einigen Jahren in Oberschlesien begonnen hat und zu so glänzender Hoffnungen berechtigte.

Wir dürfen nicht diesen an religiöse Begeisterung grenzenden Enthusiasmus vernichten, mit welchem das obereschlesische Volk sich in den Dienst des in seiner Seele neu erwachenden polnischen Gedankens stellte. Wir dürfen nicht dessen Mühe und Arbeit vernichten, wir dürfen endlich nicht durch Parteizwistigkeiten das Blut mit Klüften treten, mit welchem dieses Volk das erste polnische Mandat in Oberschlesien sich erkaufte. Wir können zwar auf das Wahlergebnis in Oberschlesien nicht direkt einwirken. Aber die öffentliche polnische Nationalmeinung müßte mit ganzem Nachdruck sich gegen die örtlichen Macher wenden, welche sich unmittelbar an der Affektion beteiligen. Für den Ausfall dieser Wahlen müßten sie vor ganz Polen verantwortlich gemacht werden, denn für die gesamte Ausgestaltung unserer nationalen Angelegenheiten, unserer realsten Interessen ist die Vernichtung oder auch nur Schwächung des Nationalbewußtseins in Oberschlesien und in Westpreußen keinesfalls gleichgültig. Geringschätzender Ehrgeiz, partikularistische persönliche Zwistigkeiten müssen hier durchaus, angesichts der Wichtigkeit der Sache, zurücktreten. Wir können nicht zugeben, daß sich Bismarck noch im Grabe darüber freue, daß die Polen durch eigene Zwietracht und Uneinigkeit das einbüßten, was sie vor einem Jahre erobert haben.

Aus Nr. 282 des *Stowo Polskie* (Lemberg)

vom 19. Juni 1905:

Unterredung mit einem polnischen Politiker.

Wien, den 18. Juni.

Gestern hatte ich eine Unterredung mit einem hervorragenden polnischen Politiker, dessen Stellung und persönliche Verhältnisse derartig sind, daß er über das innere diplomatische Spiel hinter den Kulissen auf internationalem Gebiete dauernd und gut informiert ist.

Er stellte zunächst fest, daß zwischen der marokkanischen Angelegenheit oder vielmehr zwischen dem Verhalten Deutschlands in der marokkanischen An-

gelegenheit und dem Beginn der Friedensunterhandlungen ein enger Zusammenhang bestehe. Frankreich und England fanden sich auf verschiedenen Wegen bei Nikolaus II. ein und führten den Beweis, daß er im Interesse des europäischen Gleichgewichts den Krieg mit Japan aufgeben müßte. Gleichzeitig aber hat es — wie der Newyorker Sun berichtete, die englische Diplomatie verstanden, Japan zur Mäßigung zu bewegen. Für die Rußland gegenüber gestellten mäßigen Forderungen haben England und Frankreich beschlossen, in dem Falle, wenn Deutschland seinen Besitzstand in China oder in dem Stillen Ozean ausdehnen wollte, Japan die förmliche Hilfe zu garantieren. Dies wirkte. Ein Merkmal Japans ist nicht nur der Mut, sondern auch der politische Verstand. Rußland wird mildere Friedensbedingungen erhalten, wie es sie in anderem Falle annehmen müßte, wenn es nur schleunigst mit Japan den Frieden schließt und möglichst bald zur Durchführung der inneren Reformen schreitet. Die Durchführung der inneren Reformen ist eine Bedingung „sine qua non“. Ohne ein ehrliches Ins-Leben-Rufen der Reformen wird sich das russische Volk nicht beruhigen, d. h. Rußland wird bei den internationalen Kombinationen keinen dauernden Faktor bilden können. Dies weiß die preussische Diplomatie recht gut, sie setzt deshalb am Petersburger Hofe alle Hebel in Bewegung, um den Kaiser und die Großfürsten in ihrer Abneigung gegen die Reformen zu bekräftigen und in ihnen die Überzeugung hervorzurufen, daß sie nach wie vor bei ihrem extremen Absolutismus verharren müßten. „Wenn es aber — fragte ich — den Preußen nicht gelingt, Kaiser Nikolaus II. von den Reformen zurückzuhalten?“

„Dann wird Preußen — lautete die Antwort — sich Mühe geben, in Rußland eine Revolution von unten hervorzurufen, um es nur ja lahmzulegen. Daß Preußen vor einer derartigen Arbeit nicht zurückzucken wird, dafür haben wir heute schon zahlreiche Beweise. Preußen fürchtet die Reformen in Rußland, denn infolge dieser Reformen würde es noch mehr verlieren, als infolge der russischen Niederlagen in Ostasien.“

„Und wie stellen Sie sich — fragte ich — die fernere Zukunft vor?“

„Ich nehme an, daß sich der englisch-französische Einfluß in Petersburg mächtiger als der preussische erweisen wird. Rußland wird den Weg der Reformen betreten, d. h. es wird sich staatlich kräftigen. Dies wird jedoch einige Zeit dauern. So lange wird Frankreich Deutschlands Annäherungen nachgeben müssen, sei es in der marokkanischen Angelegenheit, sei es in anderen Dingen, um nur Deutschland keine Veranlassung zum bewaffneten Eingreifen zu geben. Die Zurückhaltung Frankreichs wird mit dem Augenblick enden, in welchem Rußland wieder zu Kräften gekommen ist. Dann wird England zweifellos das Signal zum Kampfe geben. Es liegt mir fern, anzunehmen, daß Rußland aktiv gegen Deutschland vorgehen würde. Aber schon die Tatsache allein, daß sich an der preussischen Grenze eine russische Observationsarmee von einer halben Million konzentrieren wird, wird es Preußen unmöglich machen, alle seine Kräfte gegen Frankreich zu wenden. Übrigens werden die Bewegungen zu Lande erst in zweiter Linie zur Geltung kommen. Der Hauptzweck wird in der Vernichtung der deutschen Kriegsflotte und — was noch wichtiger ist — in der Vernichtung des deutschen überseeischen Handels bestehen. Die Blockade der Ufer und die Einnahme deutscher Handelschiffe wird der heute auf die Aus-



führt berechneten deutschen Industrie einen tödlichen Schlag versetzen. Dieser Schlag wird die Wägen des deutschen Wohlstandes unterbinden und die nationale Wirtschaft Deutschlands um hundert Jahre zurückversetzen. Es liegt klar auf der Hand, daß ein wirtschaftlicher Ruin, bei einer Überwölkung, eine furchtbare politische Umwälzung zur Folge haben muß. Niemand aber wird die Deutschen bedauern, kein europäischer Hof wird sich zur Solidarität mit den leitenden deutschen Kreisen bekennen. Die Selbstsucht der einen wie der anderen hat sich zu einer solchen Gefahr für Europa herausgebildet, daß der wirksamste Wider nötig sein wird, anderenfalls der Drache alles, was ihm unterwegs begegnet, verschlingen wird.“

Aus Nr. 283 des Dziennik Polski (Lemberg)

vom 22. Juni 1905:

Bella gerunt alii . . .

Die Niederlage der russischen Flotte in der Meerenge von Korea gab der russischen Presse, wenigstens deren unabhängigeren Organen Veranlassung zu Bemerkungen und Betrachtungen über die Folgen, welche der russisch-japanische Krieg auf dem Gebiete der internationalen Politik nachsichziehen werde. Diese Frage wird von Zeit zu Zeit in den Spalten der russischen Blätter aufgeworfen, und sie sprechen, merkwürdigerweise, einmütig die Überzeugung aus, daß von diesem Kriege, ende er, wie er wolle, lediglich Deutschland Nutzen haben werde. Sehr zutreffend behandelt diesen Gedanken die in Petersburg erscheinende Zeitschrift *Rus* in dem vorstehenden, mit „Bella gerunt alii“ . . . überschriebenen Artikel, in welchem sie schreibt:

„Wären andere Kriege führen, die Deutschen werden davon Nutzen ziehen. Die Vorteile dieses geschickten Wanders sind für Deutschland riesig. Wir sehen ganz davon ab, wieviel Rußland, in klingender Münze berechnet, die wohlwollende Neutralität Deutschlands gekostet hat; wieviel Verluste Rußland der ihm gewissermaßen aufgedrungene und es materiell zu Grunde richtende Handelsvertrag gebracht hat; wieviel Rußland an den von Deutschland angekauften unbrauchbaren Schiffen, an der Kohlenlieferung für das Ostseegeschwader durch deutsche Firmen usw. einbüßte.“

Wir wollen jedoch — sagt das russische Blatt — von diesen Einzelheiten absehen, denn es genügt, lediglich auf die Vorteile in europäischem, internationalem Sinne aufmerksam zu machen. . . . Die unerträgliche Lage, in welche Deutschland infolge des französisch-russischen Bündnisses hineingeraten war, geht ihrem Ende entgegen. Mit der Schwächung Rußlands hört das Bündnis auf, für Deutschland gefährlich zu sein. Die Kriegsaktoritäten Deutschlands betrachten es als kein zu gewagtes Unternehmen mehr, an der Westgrenze gegen Frankreich Militär anzusammeln. Das ist keine riskante Phantasie mehr, sondern eine durchführbare Wirklichkeit. Dem wird auch keine englisch-französische Verständigung hindernd in den Weg treten, denn England ist auf dem Festlande machtlos.

Frankreich diskontiert bereits diese traurige Möglichkeit, was sich in der Stimmung dieses Landes und in der Taktik seiner Regierungskreise bemerklich macht. Ist es denn in dieser Hinsicht nicht bemerkenswert, ist es denn nicht für Frankreich eine Schande, daß es sich an den Berliner Hochzeitsfeier-

lichkeiten amtlich beteiligt hat, obendrein noch unmittelbar nach dem für Frankreich so unangenehmen marokkanischen Vorfalle? War denn der letztere selbst nicht gewissermaßen eine Folge der russischen Mißerfolge auf dem Kriegsschauplatz? Hat nicht Kaiser Wilhelm den Minister Delcassé gestürzt?

Eine Zeitlang wird Deutschland sicherlich Frankreich noch in Ruhe lassen. Die Politik der Hohenzollern ist gegen das Wackeln noch nicht ganz reifer Früchte — das aber steht fest, daß die Stellung und die entscheidende Rolle Deutschlands in Europa infolge des russisch-japanischen Krieges sich bedeutend gebessert haben. Die Franzosen werden jetzt notgedrungen stillsitzen, die Deutschen werden indes im mittleren Europa sich breitmachen können. Seit langer Zeit werfen sie begehrliche Blicke auf den nach dem Adriatischen Meere und nach den Balkanstaaten führenden Weg, und falls sie bis jetzt in dieser Hinsicht wirklich noch keine Pläne hätten, so können diese leicht in dem findigen Kopfe Kaiser Wilhelms entstehen. Wer könnte dann aber Deutschland an der Durchführung seiner Pläne hindern!? Ein Vorwand ist bald gefunden; nichts ist für die Deutschen leichter, als eine solche Kleinigkeit. Mag dann Frankreich, mitamt dem nach dem Kriege geschwächten Rußland und sei es auch zusammen mit England, versuchen, die neue mitteleuropäische Macht zu besiegen, deren Stärke auf der Einmütigkeit des deutschen Elements, deren Reichtum auf dessen Ausnahmestellung im Zentrum Europas, auf der Beherrschung seiner Hauptverkehrsadern und der nördlichen und südlichen Meere mit dem Ausgange nach dem Indischen Ozean durch die Bagdad-Straße beruht.“

Zu den vorstehend im Auszuge geschilderten Ausführungen der *Rus* ist nicht mehr viel hinzuzufügen. Wird denn das, was dieses Blatt voraussetzt und voraussieht, wirklich geschehen? — Das sind viel zu verwickelte Dinge, um so auf der Stelle über sie zu urteilen. Das steht aber fest, wenn irgend jemand die Früchte des russisch-japanischen Krieges einheimen wird, so ist es in erster Linie nur Deutschland und zwar hier in Europa und nicht im fernen Osten. Wenn Deutschland wirklich die Absicht hätte, im fernen Osten festen Fuß zu fassen, würde es sicherlich nicht seine Militärinstruktoren nach Japan schicken. Und es ist kaum anzunehmen, daß es die Japaner unterschätzen sollte, wie dies seitens Rußlands der Fall war. Der oberste Feldherr des deutschen Heeres sprach ja auch unlängst mit verzweifelter Stimme von der gelben Gefahr. Aber dabei hatte es auch lediglich sein Bewenden. Zu einem Kreuzzuge Deutschlands kam es nicht, denn dieses besitzt bereits seine Taktik, welche es niemals verlassen wird. Vor einigen Jahren unternahm es auf Kosten Europas eine für sich lehrreiche, für andere aber kostspielige Expedition nach China; jetzt, nachdem es die gelbe Gefahr sich von Nahem angesehen, überließ es die Kriegsführung gegen sie Rußland, selbst aber will es die von fremder Hand gesäteten Früchte einheimen.

Aus Nr. 142 der Nowa Reforma (Kraakau)

vom 24. Juni 1905:

Durch den Akt des Zaren vom 22. Juni d. J. wurden den Polen im Weichselgebiete gewisse Zugeständnisse, namentlich auf dem Gebiet des Schulwesens gemacht. Hierzu bemerkt die *Nowa Reforma* folgendes:

„Diese Bestimmungen dürfen wir nicht als die Erfüllung der polnischen, sei es noch so bescheidenen Forderungen vom rechtlichen Standpunkte aus betrachten. Es sind dies lediglich Erleichterungen, im Vergleich zu der bisherigen, seit dem Jahre 1864 datierenden Praktik. — Die polnische Bevölkerung kann es jedoch nicht, namentlich wenn ihr die Gelegenheit gegeben wird, sich an der Vertretung des ganzen russischen Reiches zu beteiligen, bei den Zugeständnissen bewenden lassen, welche ihre rechtmäßigen Ansprüche, insbesondere auf dem Gebiete der sprachlichen Gleichberechtigung, nicht erfüllen, sondern muß ihre Forderungen auf diesem Gebiete weiter verfolgen, bis sie für dieselben Gehör erkämpft hat.“

Im ähnlichen Sinne äußert sich in Nr. 291 das *Slowo Polskie* vom 24. Juni d. J.:

„Das, was wir gegenwärtig erhielten, ist weder die Erfüllung unserer Forderungen noch die Anerkennung unserer Rechte. Es sind dies lediglich Zugeständnisse und teilweise Veränderungen im Bereich des bisherigen Systems.“

Aber die Zugeständnisse auf dem Gebiete des Schulwesens, der polnischen Sprache in den Gemeinden, schließlich der religiösen Toleranz umfassen

gerade diejenigen Verhältnisse, in welchen sich die Nationalpolitik zu einer zielbewußten organisierten Aktion emporgeschwungen hatte.

Mit diesen Zugeständnissen können wir uns nicht zufrieden erklären, wir müssen ohne Verzug weiter handeln, doch haben wir zu dieser Aktion einen festgesteckten Weg. Wir wollen uns nicht täuschen, daß dieser Weg ein leichter sein werde, doch wollen wir uns auch nicht dem Pessimismus hingeben, weil die uns zu teil gewordenen Zugeständnisse so unzulänglich, unseren Erwartungen so wenig entsprechend sind.

Bei uns hat sich die irrige Ansicht herausgebildet, daß nur der Krieg Gelegenheit zur Erringung politischer Zugeständnisse biete und falls wir diesen Augenblick nicht benützten, wir nichts mehr würden erringen können. Indes wird erst nach dem Kriege der eigentliche Augenblick zur Ausnützung seiner Folgen eintreten. Erst nach dem Kriege wird die Schwäche der Regierung und die innere Verwirrung in Rußland in die Erscheinung treten, uns aber wird sich Gelegenheit bieten, den Kampf um unsere nationalen Rechte aufzunehmen. Möchten wir nur zu dem Kampfe uns fähig erweisen.“

